

# Rheinische Volkszeitung

Telegramm-Adresse:  
Volkszeitung Wiesbaden.

Die "Rheinische Volkszeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 4 Uhr. Haupt-Edition in Wiesbaden, Friedrichstr. 30; Zweig-Editionen in Oestrich (Otto Elteme), Marktstraße 9 und Eltville (B. Habisz), Gute Gutenberg- und Taunusstraße. Über 200 eigene Agenturen in Nassau.

Nr. 39 — 1914

Wöchentlich einmal: Wiesbadener Wochenschrift „Stern und Blumen“; wöchentlich „Religiöses Sonntagsblatt“. Jährling: Sommer- u. Winter: Nassauischer Kalender. Einmal jährlich: Jahrbuch mit Kalender.

## Wiesbadener Volksblatt

Mittwoch  
18  
Februar

Bezugspreis für das Vierteljahr 1 Mark 95 Pf., für den Monat 65 Pf., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 2 Mark 37 Pf., monatlich 70 Pf. mit Bestellgeb. — Anzeigenpreis: 20 Pf. für die kleine Seite für ausländische Anzeigen 25 Pf., Kolumnenzeile 1 M.; bei Wiederholungen wird entsprechender Nachschlag gewährt.

Chefredakteur: Dr. phil. Franz Geueke

Dreimalwöchentlich: für Politik und Freizeit; Dr. Art. Geueke; für den anderen katholischen Teil Julius Götzen-Dörr; für Geschäftliche und Laienzeitung: Dr. D. Dahmen zunächst in Wiesbaden. Herausgeber und Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

32. Jahrgang.

### Keine Ueberstürzung

\* Die gesamte deutsche Zentrumsprese hat einmütig ihrer Freunde über den glänzenden Verlauf der Essener Protestkundgebung berechtet Ausdruck gegeben. Allgemein wird anerkannt, daß die dortigen Verhandlungen Unklarheit über die zukünftige Haltung nicht gelassen haben. Der Kreis ist nun mehr geschlossen. Alle berufenen Instanzen haben gebrochen und entschieden, daß das Zentrum eine interkonfessionelle politische Partei ist. Heißt das Wacker legte die Notwendigkeit einer nichtkonfessionellen Partei mit aller nur wünschenswerten Klarheit und Deutlichkeit fest. Ich kann — so sagte er — mir nicht gut in deutschen Landen in unseren Tagen einen Bischof denken, der gegen das Zentrum wäre, der nicht für seine eigene Person, wo sich ihm Gelegenheit gibt, bei den Wahlen oder sonst, sich selbst zum Zentrum benennt, aber ein Bischof, über die Zentrumsseite seiner Diözese gestellt, das ist nach unserem Dafürhalten nicht möglich. Das ist vor allem nicht möglich für die Kirche selbst. Die naturgemäße Folge wäre, daß die Bischöfe für das Tun und Nichtum der Zentrumspartei mindestens teil hätten an der Verantwortung. Mindestens teil. In welcher Weise und in welchem Umfange würde die kirchliche Autorität, Papst und Bischof, von anderer Seite für das verantwortlich gemacht, was das Zentrum tut oder nicht tut. Die Bischöfe können aus der Gefahr gar nicht heraus, daß ihnen die Träger der staatlichen Gewalt Zumindestungen machen, auf welche sie sich schwer einzulassen könnten, ohne die wichtigsten Interessen der Kirche zu gefährden. Wir haben es erlebt, was Bismarck unternommen hat, um die Widerträger der Kirche, namentlich durch den päpstlichen Stuhl, das Zentrum unter seine Botmäßigkeit zu bringen. Wenn das eintritt, was die Quertreiber wünschen, dann gibt es kein schwereres Amt, kein Amt mit mehr Bitterkeiten und Schwierigkeiten, als das Amt eines Bischofs der katholischen Kirche. Diesen Darlegungen, die Geistlicher Rat Wacker im einzelnen erläuterte, ist kaum etwas hinzuzufügen. Sie beweisen, daß es auch aus diesem Grunde unmöglich wäre, die Zentrumsseite konfessionell umzugestalten. Sicherlich werden sich auch die meisten Quertreiber dieser Tatsache nicht verschließen. Allein der Haß gegen das Bestehende läßt sie nicht zur Ruhe kommen.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Minerarbeit der Nörger schweren Schaden der Zentrumsseite und dem Katholizismus bereits zugefügt hat. Dort, wo sie mit ihrer Agitation bisher einsetzen, haben sie Misstrauen gesät. Dort, wo ihre Saat auf steinigen Boden fiel, hat die Zentrumsseite Fortschritte gemacht und sich im Kampfe bewährt. Das Beispiel dafür ist Baden. Die letzte Reichstagswahl in Offenburg-Kehl bedeutete eine glänzende Rechtfertigung des bisherigen Zentrumsprogramms. In Offenburg, wie in ganz Baden sind die Gedanken der Quertreiber ohne Einfluß geblieben; sie haben keine Wahlausübung im Besitz gehabt. Wurden die Nörger auch dort Erfolg gehabt haben, dann hätte in diesen Tagen die nationalliberale Partei einen Jubelhymnus anstimmen können, ihr Kandidat wäre gewählt worden. Nicht umsonst haben bisher unsere Gegner den Quertreibern ihre Sympathien zugewandt. Bei der Wahl in Offenburg mußte der Ultramontanismus als Schiedsrichter eine ganz unheimliche Rolle spielen. Wie würde es erst gehen, wenn dem Zentrum die Bischöfe in seiner Eigenschaft als Partei vorgesetzt würden. Dann hätten Liberale und Sozialdemokraten gewonnenes Spiel und könnten reiche Früchte ernten. Datum auch das Wohlwollen, mit dem man auf dieser Seite das Vorzeichen der Herren Oppersdorff und Nieborowski unterstützt.

Die Zentrumsseite hat alle Veranlassung, einen Tisch zu machen. Sie muß einig und geschlossen dastehen, umso mehr, als rechts und links die Gegner sie verrennen. Links und auch rechts. Gewiß hat die konservative Partei seit längerem Zentrumskandidaten unterstützt. Aber, das ist schließlich bei der jetzigen politischen Lage und bei der Unterstellung, die die Konkurrenz durch das Zentrum erfahren haben, nicht anders möglich. Im übrigen betrachten weite konservative Parteikreise genau wie der Graf Schwerin-Löwitz das Zentrum als unerträliche Erziehung. Das kam auch auf der Tagung des Bundes der Landwirte zum Ausbruch, die einen scharfen Vorstoß gegen die Haltung des jetzigen Reichstages und damit auch gegen das Zentrum unternahm. Es ist unnötig, dieser Haltung ein Wort der Kritik zu widmen, es ist nur nötig, darauf hinzuweisen, daß wir auf uns selbst angewiesen sind.

Auf der Essener Tagung hat Oberlandesgerichtsrat Marx erklärt: Nur keine Ueberstürzung, keine unzeitgemäßen, unwilligen Ausbrüche des Börnes nach eigenbedachter Seite, keine unsachgemäße Erregung, keine überflüssigen Versammlungen mit noch überflüssigeren Diskussionen. Diese Worte unterschreiben wir vollinhaltlich. Es hat keinen Zweck, jetzt überall weitere Protestversammlungen gegen die Nörger und Quertreiber einzuberufen. Wir tragen dadurch noch weitere Beunruhigung in die Kreise der Zentrumswählerschaft. Aus der Kenntnis der Verhältnisse heraus müssen wir noch einmal wiederholen: Man erweist den Nörgern und Quertreibern den größten Gefallen, wenn man sich tagtäglich mit ihnen beschäftigt. Dadurch werden sie in der Meinung bestärkt, als ob wir vor ihrer Minerarbeit Angst hätten. Nein, wir müssen sie mehr ignorieren, und umso entschiedener auf dem Ausbau unserer eigenen Organisation tätig sein. Dadurch paralyseren wir die gefährlichen Einfüsse besser und nachhaltiger, als durch große Reden.

### Glänzender Zentrums-Sieg in Köln-Land

Köln, 18. Febr. Bei der gestrigen Reichstagswahl erhielten: Oberlehrer Auckhoff (Zentrum) 35 622, Redakteur Sollmann (Soz.) 24.400, Eisenbahnhofsschlosser Scaruppe (nl.) 6.584 Stimmen. Auf einen polnischen Kandidaten gingen 144 Stimmen. Oberlehrer Auckhoff (Zentrum) ist gewählt.

Bei der Hauptwahl im Januar 1912 wurden von 82 048 Wahlberechtigten insgesamt 66 598 Stimmen abgegeben; davon erhielt Auckhoff (Zentrum) 33 372 Stimmen. Der Kandidat der Sozialdemokratie erhielt 24 288, der nationalliberale 8 549 Stimmen. 200 Stimmen entfielen auf die Wirtschaftliche Vereinigung, 146 auf die Polen. Die Gesamtzahl der Wähler betrug diesmal rund 90 000.

Eine gewaltige Arbeitsleistung des Zentrums ist mit der gestrigen Wahl zum ehrenvollen Abschluß gekommen. Als Anfangs Dezember 1912 die Linke des Reichstags die Ungültigkeitserklärung der Wahl Auckhoffs aussprach, bedeutete das für viele keine Überraschung. Man hatte es kommen sehen und rechnete sogar mit Bestimmtheit daran, daß die Linke des Reichstages so rasch als möglich die Wahl in Köln-Land wegen formaler Unregelmäßigkeiten fällen und damit den Linksparteien die Möglichkeit geben werde, ihre schwache Mehrheit im Reichstage zu stärken. Der Wahlvorstand der Zentrumsseite in Köln-Land hatte in Voraussicht dessen, was kommen würde, für den Fall der Ungültigkeitserklärung Vorsorge getroffen. Die Parteidorganisation war von Grund auf vororganisiert.

Von Januar bis Februar sah dann eine umfassende Ausklärungsarbeit in Versammlungen und in der Presse ein. Opferwillige Zentrumsänner unterschieden weitgehend die Arbeit des Parteivorstandes. Alle übertrugt aber in der Agitationsarbeit der Kantinen Ortschaften stellte er sich den Wählern vor und begleitete sie für das Zentrum. Etwa 200 Versammlungen wurden abgehalten; jeder Wähler erhielt Gelegenheit, den Zentrumskandidaten kennen zu lernen und ihn am Herz und Rieren zu prüfen. Auch öffentlichen Kundnachrichten mit der Sozialdemokratie ging das Zentrum nicht aus dem Wege und stellte hier seinen Mann, wenn er auch über den Wert solcher Dispositionen nicht im Zweifel war. Während des ganzen Wahlkampfes, der, stets begonnen, über sechs Wochen mit steigender Heftigkeit tobte, hielt sich das Zentrum streng im Rahmen vornehmer Sachlichkeit. Mit Geschick wurde die Politik des Zentrums verteidigt, mit Wärme und Überzeugung das Zentrumsprogramm verfochten und schlagartig wurden die von den Gegnern erhobenen Vorwürfe widerlegt.

Nicht müßig waren auch die Gegner des Zentrums. Die Nationalliberalen stellten ihren früheren Kandidaten, den Eisenbahnhofsschlosser Scaruppe wieder auf und suchten für ihn Stimmung zu machen. Mit viel dem Erfolge, zeigen die Wahlziffern.

Mit Feuerreißer zogen dogen die Sozialdemokratie in den Wahlkampf. Wohl bei keiner früheren Wahl haben sie eine solche Illusion von Agitationsarbeit geleistet, wie dieses Mal. Der ganze Wahlkampf wurde durch Wort und Schrift von ihnen wochenlang intensiv bearbeitet. Die Sozialdemokratie hoffte das rote Banner, das sie, nicht durch eigenen Willen, in Köln-Stadt, aufrichten konnte, auch über Köln-Land hissen zu können. Mehrere Umstände fügten ihrem heissen Bemühen entgegen. Die Demokraten erklärten sich sofort als ihre Bundesgenossen. Der Kölner Polizeipräsident wurde zu sozialdemokratischen Parteizwecken ausgebaut. Die Quertreiber im katholischen Lager lieferten besonders willkommene Waffen gegen das verhafte Zentrum. Graf Oppersdorff und Bärker Nieborowski, wurden gegen das Zentrum ins Feld geführt. In klappriger Weise wurde gegen das Zentrum Sturm gelassen. Fast ein Dutzend Flugblätter, die in der Aufweitung des Zentrumsbases das Mögliche leisteten, wurden in hundertausenden Exemplaren im Wahlkreise verteilt.

All ihre Kniffe und Lockungen scheiterten jedoch an dem gesunden Sinn der Bevölkerung, an der Zentrumsstreue unserer Wähler. Fast 2300 Stimmen hat das Zentrum mehr erhalten als 1912. Die Nationalliberalen haben rund 2000 Wähler verloren. Es geht überall vorwärts, das beweist auch wiederum diese Wahl. Unserer Gruss der rührigen Parteidirection und den Zentrumswählern von Köln-Land!

### Deutsches Reich

#### Die Kundgebung der Kölner Bischofskonferenz

Die beruhigende Kundgebung der Kölner Bischofskonferenz wird von allen Freunden der Eintracht und des Friedens mit dankbarer Freude begrüßt. Die Oberhirten legen zunächst kurz und klar die kirchlichen Grundsätze und Vorchristen dar, die hinsichtlich der Arbeiterorganisationen gelten und knicken daran die ernste und eindringliche Mahnung, daß die katholischen Kreise sich der Polemik enthalten müssen über die Frage der Gültigkeit oder Nichtgültigkeit einer Organisation, die allein von der kirchlichen Autorität zu entscheiden ist.

Es waren in Köln zusammengetreten die Oberhirten der Niederrheinischen Kirchenprovinz und der ihr angeschlossenen Diözesen, nämlich der Erzbischof von Köln und die Bischöfe von Trier, Nördlingen, Hildesheim, Paderborn und Münster, also die Oberhirten des Nordwestens von Deutschland, der bei seiner hochentwickelten Industrie und der zahlreichen Arbeiterschaft von den Zweifeln und Streitigkeiten auf dem gewerkschaftlichen Gebiete besonders in Mitteldeutschland gegangen wird.

Die Bischöfe bezeichnen selbst als den Zweck ihrer Kundgebung, „der zurzeit in weiten Kreisen des fah. Volkes, namentlich in den großen Industriezentren ihrer Sprengel, hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisationen entstandene Beunruhigung“ entgegen zu wirken. In dem größten Teil dieses Gebietes ist bekanntlich die Organisationsfrage so geregelt, daß die katholischen Arbeiter in den konfessionellen Arbeitervereinen ihre religiösen Interessen pflegen und in den christlichen Gewerkschaften für ihre wirtschaftlichen Interessen eintreten; in der Diözese Trier bestehen im Anschluß an den „St. Berlin“ katholische Arbeitervereine und Fachabteilungen, die zugleich die gewerkschaftlichen Interessen vertreten. Der Herr Bischof von Trier hat die Kundgebung mit beschlossen und unterzeichnet. Schon diese Tatsache macht es vollends unmöglich, daß irgend ein Eiserner oder Quertreiber den Verdacht erwerben könnte, es hätte etwas Einseitigkeit oder Parteilichkeit an der Kundgebung. Die ver-

einigten Bischöfe lassen jeder „Richtung“ ihr Recht anteil werden, aber auch ihren Schutz gegen ungerechte und gemeinschaftliche Angriffe. Das einmütige Vorgehen der versammelten Bischöfe macht die Beurteilung der polemischen Ausschreitungen besonders eindeutig.

Die Bischöfe wollen keine neuen Grundsätze ausspielen, sondern die bestehenden Richtlinien für das Verhalten der katholischen Arbeiter „in Erinnerung bringen“. Die klare und überblickliche Darlegung durch die Oberhirten hat aber einen großen beruhigenden Wert angehoben, der hier und da hervorgebrachten Versuch, die kirchlichen Vorchristen nach einer vorgetragenen Meinung um- und auszudenken. In dieser Hinsicht fällt ins Gewicht, daß die Bischöfe die Mitgliedschaft von Katholiken zu den bestehenden christlichen Gewerkschaften nicht bloß als gebuldet, sondern auch als erlaubt bezeichnen. Es war nämlich in der Polemik die Aufstellung vertreten worden, die christlichen Gewerkschaften dürften höchstens als notwendiges Nebeld gebuldet, aber nicht als eine erlaubte Einrichtung befördert werden. Diese Überspannung wird abgewiesen, und die Erklärung der Bischöfe findet ihre Grundlage in dem Wortlaut der Enzyklika, wo es heißt, tolerari posse et permitti — geduldet und gesetzet werden können. Ebenso ihre Bekräzung in dem singulären Schreiben des Kardinalstaatssekretärs an den Erzbischof von Wien, welches feststellt, daß das System der interkonfessionellen Vereine „von Seiner Heiligkeit unter bestimmten Umständen für gewisse Länder als nicht unerlaubt erklärt wurde.“

Dass diese „bestimmten Umstände“ für die christlichen Gewerkschaften in Deutschland vorliegen, haben die zuständigen Bischöfe entschieden. Wer mit dieser Entscheidung der Bischöfe nicht zufrieden ist, mag sich unter Umständen zur Anrufung der obersten kirchlichen Instanz in Rom veranlaßt sehen können; aber er darf als Katholik nicht das Recht, die öffentliche Meinung gegen die kirchliche Behörde mobil zu machen.

Die erste Erinnerung an die pflichtmäßige Selbstbeherrschung in der Polemik bildet das Schlüpfen der katholischen Kundiung. So greift das Wahlwort der Oberhirten harmonisch ein in die Bestrebungen zugunsten des Friedens und der Eintracht, die neuerdings von anderer Stelle aus gegenüber den Wieren und Gefahren der Gegenwart eingesezt haben. An dieser Stelle ist schon vor einigen Tagen hervorgehoben worden, daß die unberufenen Reiter- und Sittenrichter nicht bloß die Brüder kränken, sondern auch die kirchliche Autorität verleben, indem sie in deren Machtbereich eingreifen und deren Urteile vorgreifen. Die Bischöfe sagen klar und bestimmt:

„Die Entscheidung darüber, ob ein Widerspruch zwischen den Grundsätzen einer Organisation und dem Sittengebrauch der katholischen Kirche eingetreten ist, hat der hl. Stuhl sich vorbehalten, an den die Bischöfe zu berichten haben. Diese Frage soll daher nicht Gegenstand der Polemik seitens katholischer Kreise werden, sonst ist es um den Frieden geschehen, dessen Erhaltung für die segensreiche Entwicklung und Verstärkung der Kirche in Deutschland unerlässlich notwendig ist.“

Unter Hinweis auf die ausdrückliche Weisung des hl. Peters und die Kundgebungen der Fuldaer Bischofskonferenz folgt dann die erste und eindeutige Mahnung, „solche unzuständige Polemik zu unterlassen, sowie die Beurteilung alter und jeder Möglichkeit in Kritik und Angriffen.“

Wenn die Katholiken allzuviel bei Worten und Wünschen der Oberhirten entsprechen, so kommen wir auf den „Frieden von Meß“ zurück. In der Zwischenzeit hat sich doch deutlich genug gezeigt, daß der Bruderzwist nur den Feinden der guten Sache Freude und Vorteil bringt.

#### Die Politik der Bündler

Ob der Bund der Landwirte, trotz der vielen anderen Bünde, der Bünd schlechtbin genannt, zuvorderst eine wirtschaftliche oder eine politische Organisation sein soll, läßt sich auf den Generalversammlungen des Bundes schwerlich entscheiden. Dort ist jedenfalls der politische Einschlag weit sichtbarer, als die wirtschaftliche Kette und auf der letzten großen Generalversammlung am Montag wurde vollends nur von Politik gesprochen, wie denn auch die Resolution, die zur einmütigen Annahme gelangte, rein politische Färbung trägt. Wenn die großen und kleinen Landwirte alljährlich zur großen landwirtschaftlichen Woche in die Reichshauptstadt kommen, bietet ihnen die große Berliner Presse alles andere als einen frischen Willensmarsch und doch muß einen der Gebäude erfreuen, daß tausende treu monarchisch gesinnte Männer, die ihr Vaterland schon darum lieben, weil sie an seiner Schule kosten, in der Stadt des Sieges und der Sozialdemokratie ein Bekenntnis ihrer Vaterlandsliebe und monarchischen Gefüllung ablegen. Dazu braucht man noch lange nicht alles zu unterschreiben, was in den Bünderversammlungen geschrieben und beschlossen wird. Jumal an dieser letzten 21. Generalversammlung des Bundes der Landwirte ist gar mandes geäußert worden, was recht weltfremd und durchaus ein Jahrhundert überholt lang und zu einem nachdrücklichen Kopfschütteln geradezu herausforderte. Daß der Bund der Landwirte mit dem jetzigen Reichstag und der Reichsleitung nicht zufrieden ist, kommt nicht überraschend, denn im Vorjahr wurde schon dasselbe Wort gehört; der maßlose Humor des Herrn v. Oldenburg-Franckhauser mit dem Reichstag und dem Kaiser ist der bündlerischen Unzufriedenheit allerdings eine neue Note, die in ihrer Dissonanz mit der Zeit, in der wir nun einmal leben, unerträglich wurde, als der gefeierte Januskopf durch den heroverholten einer Kabinettsschreiber des Soldatenkönigs Wilhelm I. — die übrigens gar keine war — ein leicht verständliches Bekenntnis zum Abolitionismus ablegte. Bündlich sonst doch aber nichts geschieht, daß die Landbewegung des Herrn v. Oldenburg jedojahrs nicht gebadet hat, daß die Landbewegung des Königs: Was da, nichts da! sich gegen die Anführerin der Jungen und Stände richtete. Die derbe Sprach- und Kampfwiese des Herrn v. Oldenburg ist aber hinlänglich bekannt, sodass man seine Schläger und agitatorischen Weise nicht allzu ernst zu nehmen braucht.

Symphysikalisch lang im übrigen aus fast allen Nieden, die auf der Generalversammlung der Bündler gehalten wurden, die Aufforderung an die bürgerlichen Parteien heran, gemeinsam in Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen und mit dem Bunde zusammenzugehen. Diese Aufforderung wäre vielleicht wissamer gewesen, wenn mit derselben nicht für eine ganze Reihe von Vorwürfen und Verhaftungsmaßnahmen verbunden worden wäre, die, wie wir gern zugeben, manchmal ganz berechtigt waren. Dem Bündum wurde zwar das Zeugnis ausgestellt, daß ohne seine Mitarbeit eine erträgliche nationale Politik nicht betrieben werden könne, aber gleichzeitig wurde ihm auch seine Haltung bei Verabschiedung der großen Defensionsgefege des letzten Sommers vorgehalten und bedauert, daß durch sein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie im Reichstag die demokratischen Elemente in ihm immer mehr überwogen geworden. Auch wurde ihm nahegelegt, bei dem Konkurrenzkampf mit der Sozialdemokratie seine Ansichten in der Agrar- und Mittelstandspolitik nicht zu vergessen. Mag sein, daß diese Ratschläge gut gemeint waren; das Bündum wird

sich dadurch aber im Verfolg der von ihm als gut erkannten Wohlheit nicht trennen lassen; wenn unter dem Konkurrenz-  
kampf des Zentrums mit der Sozialdemokratie sein unablässiger und erfolgreicher Kampf gegen die Sozialdemokratie zu verstecken. In dann kommt von einer Dämpfung dieses Kampfs doch nicht die Riede sein und allemal hat das Zentrum noch gezeigt, daß bei diesem Kampf auch die Interessen der Landwirtschaft und des Mittelstandes wohl zu vertreten weiß. Darum wird das Zentrum auch überall da mit dem Bund der Landwirte gleichen Weg gehen, wo das Wohl des Bauernstands und das Interesse der Gesamtheit gefördert werden können.

#### Die katholischen Arbeiter

Die Bezirksräte des katholischen Arbeiter- und Knappenvereins der Erzdiözese Köln befanden sich, wie Diözesanpräses Dr. C. Müller der "Welt, Landeszeitung" mitteilt, in ihrer letzten Sitzung eingehend mit den Neuverhältnissen, die in den Kreisen der katholischen Arbeiter, besonders den Mitgliedern der Arbeiter- und Knappenvereine, in den letzten Tagen entstanden sind. In einem ausführlichen Schreiben an den Hochw. Herrn Erzbischof von Köln wurden die Verdächtigungen der katholischen Gesinnung der Arbeitervereinsmitglieder und ihrer Anhänglichkeit an den Dr. Beyer zurückgewiesen. Die Bezirksräte bitten in ihrer Eingabe den Herrn Erzbischof, dem Dr. Beyer selbst von der Lage und Gesinnung der katholischen Arbeiter Mitteilung zu machen.

#### Die Reichstagswahl im Kreise Jerichow

Berlin, 17. Febr. Die "Freisinnige Zeitung" schreibt heute Abend vorleßtzt:

"Am Reichstagswahlkreis Jerichow 1 und 2 haben am kommenden Freitag die Wähler darüber zu entscheiden, ob der künftige Vertreter des Wahlkreises der Rechten oder der Linken des Reichstages andinen soll. Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1912 galt die Sitzenwahlparole: „Keine Stimme einem Kandidaten der Rechtsparteien!“ Seitdem hat sich die Gegnerschaft gegen die Konservativen noch verschärft. Gerade im Wahlkreis Jerichow haben die Konservativen den Kampf gegen den Liberalismus in überaus harschen Formen mit Berungslösungen und Unwahrheiten geführt. Entscheidend für die liberalen Wähler muss die Mülligkeit der Mehrheitsbildung im Reichstag sein. Die Unstimmigkeit muss erhalten und gestärkt werden, und dies ist so mehr, als die Linken eben erst das Mandat des bisherigen nationalliberalen Abgeordneten Welsch im Wahlkreis Zahl-Osterburg verloren hat. Wer halten es daher für dringend geboten, daß die liberalen Wähler am kommenden Freitag dem konservativen Kandidaten jegliche Unterstützung vorenthalten?"

Au, das war ja zu erwarten, wird aber hoffentlich trotzdem umsonst sein.

#### Ein Gesetzentwurf betr. Geburtenrückgang

Der Gesetzentwurf über den Verkehr mit Mitteln zur Verhinderung von Geburten, der von Abgeordneten der bürgerlichen Parteien im Reichstag beantragt wird, enthält folgende drei Paragraphen:

§ 1. Der Bundesrat kann den Verkehr mit Gegenständen, die zur Befreiung der Schwangerschaft bestimmt sind, beschränken oder untersagen. Das gleiche gilt bezüglich der zur Verhinderung der Empfängnis bestimmten Gegenstände insofern, als nicht die Rücknahme auf die Bedürfnisse des gesundheitlichen Schutzes entgegensteht. Die vom Bundesrat getroffenen Maordinungen sind dem Reichstag, wenn er versammelt ist, sofort, andernfalls bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen. Soweit der Bundesrat den Verkehr mit einzelnen Gegenständen untersagt hat, ist deren Einfuhr verboten.

§ 2. Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft, wer einer Verlehrabschränkung oder einem Verlehrverbote oder dem Einfuhrverbot (§ 1) zuwiderhandelt. Ist der Verkehr oder die Einfuhr verboten, so kann neben der Strafe auf Eingehung der Gegenstände erlassen werden, sofern sie dem Täter oder einem Teilnehmer gehören. Ist die Verfolgung oder die Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auch die Eingehung selbständig erlassen werden.

§ 3. Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit einer dieser Strafen wird, wenn nicht nach anderen gesetzlichen Bestimmungen eine schwerere Strafe verhängt ist, bestraft, wer Gegenstände, die zur Verhinderung der Empfängnis oder zur Befreiung der Schwangerschaft bestimmt sind, öffentlich anläßlich oder anpreist.

#### Sozialdemokratischer Bekennermut

Bekennermut fordern heute von den Genossen innerhalb der Partei diejenigen Kreise, die die Idee des Austritts aus der Kirche propagieren. Von solchen "Bekennern" entwirft in dem sozialdemokratischen Parteimoniteur, der "Neuen Zeit" (1914, 18) der Vorsitzende des "Zentralverbandes proletarischer Freidenker", Genosse Mente (Dresden) folgendes anziehende Bildchen: "Heute liegt die Sache leider so, daß sich viele Parteigenossen im Gegenfall zu ihren Worten bewegen und dabei nicht selten der Glaubhaftigkeit verfallen. Oder wirkt es nicht geradezu komisch, wenn ein Parteigenosse am Abend in der Versammlung aussordert, all den religiösen Ideen Valet zu sagen, daß sie zu arbeiten, daß schon die Köpfe der Jugend klar werden und der alte Religionsergebnisgebundne aus der Menschheit verbannt wird, und am andern Tage geht er mit dem Kind in die Kirche, um nach alter Gewohnheit und aus Gründen kleinblütigerlichen Aufstandsgefühls seine eigenen Kinder tauzen oder konfirmieren zu lassen oder gar selbst seine Ehe von einem Priester einzulassen, von dessen Lehren er eine entgegengesetzte Meinung hat. Ein derartiges Verfahren muß natürlich auf die Dauer schädigend wirken, und schon oft hören wir in weiten Kreisen der Arbeiter gegenüber den Führern abfällige Worte, weil diese trock ihrer sonst der Masse gepredigten Lehre des Sozialismus anders handeln, als wie ihre Ausführungen den Schluss zu ziehen veranlassen den. Schon aus diesen Gründen dürfte es notwendig sein, daß die Partei zur Frage der Kirchenbelämmung eine klare Stellung einnimmt, will sie sich den Vorwurf ersparen, daß sie aus Gründen der falsch angebrachten Toleranz und aus Opportunitätsgründen nicht die Kraft findet, zu einer klaren Stellung zu nehmern, die immer weitere Kreise, insonderheit der organisierten Arbeiterschaft, erfaßt? – Zu diesen Offenheiten, die die "Konsequenz" und die Überzeugungstreue mancher Kreise in der Sozialdemokratie in einem eigenständlichen Licht erscheinen lassen, gibt dem Genossen Mensel der Umstand Veranlassung, daß die Partei nicht die Kraft findet, sich für die Kirchenaustrittsbewegung zu erklären. Natürlich aus taktischen Gründen! Denn in Wirklichkeit ist ja die Sozialdemokratie so kirchen- und religionsfeindlich, daß eine offizielle Förderung der Kirchenaustrittsbewegung völlig in ihrem Charakter hineinpassen würde!"

#### Ein neuer Forstner-Prozeß

Berlin, 17. Febr. Vor dem Landgerichte stand heute Civilklage gegen den Leutnant v. Forstner zum Termin. Die Klage schreibt behauptet, daß Forstner im Sommer 1913 ein damals kaum 14 Jahre altes noch unbescholtene Mädchen vergiftet habe. Als Entschädigungssumme wurden vom Vater des Mädchens 2000 Mark gefordert. Die Verhandlung wurde dem Antrage des Vertreters des Beflagten entsprechend auf den 28. April vertagt. Die lange Verhandlung ist mit Mülligkeit darauf erfolgt, daß Forstner jurell noch minderjährig (!) ist, aber zu Ostern das Alter von 21 Jahren erreicht, so daß er dann seine Sache persönlich vertreten kann. – Wir wundern uns, daß der Jüngling noch immer den Offiziersrock tragen kann.

#### Kleine politische Nachrichten

Berlin, 17. Febr. Die Budgetkommission des Reichstages lehnte heute vormittag die als erste Bauräte im Etat des Innern angeforderten 145 800 Mark für das in Verbindung mit dem königlich-preußischen Geheimen Staatsarchiv in Berlin zu errichtende Reichsarchiv ab.

München, 17. Febr. Zur Deckung des nach vorläufigen Schätzungen über 2 Millionen Mark betragenden Defizit in den Staatshaushalt beabsichtigt die Regierung u. a. die Einführung eines Stempels auf Mietverträge. Die Abgabe soll sich, wie verlautet, auf 3 Prozent des Mietvertrages belaufen. Auch ein Antrag zu der Reichserbschaftssteuer in

Höhe von 25 Prozent sowie die Erhebung einer Wertzuwachssteuer soll berücksichtigt sein. Das betreffende Gesetz wird anfangs nächster Woche erwartet.

## Ausland

#### Die neue Regierung in Schweden

Stockholm, 17. Febr. Die Entlassung des Ministeriums Staaff ist vereinigt und das neue Ministerium ernannt worden. Dieses setzt sich folgendermaßen zusammen:

Ministerpräsident und Krieg: v. Hammarboijd; Außen: Amund Wallenberg, Mitglied der ersten Kammer; Justiz: Hasselrot, Präsident des südschwedischen Hofgerichts; Marine: Brostrom, Schiffbreeder in Göteborg und ehemaliger Abgeordneter; Innere: Landeshauptmann v. Spbow; Finanzen: Bennet, Universitätsprofessor; Ackerbau: Baron Johan v. Beck-Friis, Mitglied der ersten Kammer; drei Ministerien ohne Portefeuille erhalten: Oberst Merck und die Expeditionschef Stenberg und Linner.

Der neue Ministerpräsident ist im Auslande als Mitglied des Haager Schiedsgerichts und als Präsident des Schiedsgerichts in der Casablanca-Angelegenheit bekannt. Der neue Finanzminister Bennet ist einer der schwedischen Unterhändler für den neuesten Handelsvertrag zwischen Schweden und Deutschland gewesen. Wie das Svenska Telegrambyrån hervorhebt, ist es gelungen, geschickte und erfahrene Männer mit politisch gemäßigten Anschauungen zu sammeln. Das hauptsächlichste Ziel des Ministeriums wird offenbar die Lösung der Landesverteidigungsfrage sein.

#### Bon der Balkanhalbinsel

##### Prinz von Wied in London und Paris

Berlin, 17. Febr. Der Prinz von Wied reiste heute mittags 1 Uhr nach London ab. Er wird den Rückweg über Paris nehmen. Die völkerliche Abreise des Prinzen zu Wied nach London und Paris hat eine eigenartige Vorgeschichte, die des finanziellen Hintergrundes nicht entbehrt. Sie für den neuen Staat zugestellte Anleihe verzögert sich nämlich, da die französischen und englischen Finanzkreise bisher wenig Lust hatten, sich an der Anleihe für Albanien zu beteiligen, das man politisch als ganz im Fahrwasser des Dreiländerschwimmenden ansiehen müsse. Es ereigte sich in Paris und London eine Verhinderung, daß die Vorlesungsbeschriftung des künftigen Herrschers von Albanien sich nur auf die Höhe des Dreiländer schreiten. In Berlin war der Prinz zu Hause, und Rom und Wien befürchtete er besonders. Während der Reise des Prinzen nach Rom und Wien sondierte sein Geheimsekretär, Kapitän Deaton Armstrong, die englische Regierung, wie sie sich zu dem Besuch des Prinzen in London und Paris stellen würde. Die englische Regierung setzte sich mit dem Pariser Kabinett in Verbindung. Der Kapitän Armstrong konnte nach Wien, wo er mit dem Prinzen zusammentraf, die Veränderung mitnehmen, daß der Besuch des Prinzen in London und Paris willkommen geheißen würde. Durch diesen demonstrativen Besuch bei den Mächten der Entente hofft der Prinz, die Balkanreiche dieser Länder für die internationale albanische Ansicht günstig zu stimmen. Die Reise soll auch demonstriert, so wird offiziell gesagt, daß das neue Staatswesen sich nicht unter das Protektorat einer Mächtegruppe begibt, sondern gleichmäßig das Wohlwollen aller Großmächte sucht.

##### Die serbisch-bulgarischen Beziehungen

Sofia, 17. Febr. Heute überreichte der neu ernannte serbische Gesandte Thosolantik dem Könige sein Beglaubigungsbrief mit einer Aufschrift, in der es heißt: Die Mission darf zum Biene, die guten Beziehungen zwischen Bulgarien und Serbien wiederherstellen und zu pflegen. Ich werde gemäß den Absichten der königlichen Regierung alle meine Bemühungen darauf richten, die Beziehungen und die so zahlreichen gemeinsamen Interessen zwischen den beiden Nachbarstaaten auszugehören. Der König schloß seine Erwiderung: Außerdem ich Sie vom heutigen Tage an meiner Unterstützung und der Mitwirkung einer neuen Regierung verfüge in allem, was Ihnen die Erfüllung dieser Aufgabe wird erleichtern können, heiße ich Sie, Herr General, unter uns willkommen.

## Keine Verdächtigung!

Das Haus der Abgeordneten war in den letzten Tagen das Ziel sehr vieler Beamtenbesuchungen. Alle unteren Beamtenklassen waren vertreten. Bei allen bürgerlichen Parteien wurde wohlwollende Unterstützung für die eingereichten Petitionen erbeten.

An erster Stelle wird in den Petitionen Gehaltserhöhung und Verbesserung des Wohnungsbaus verlangt. Die übrigen Wünsche sind nicht von sehr weittragender Bedeutung. Eine allgemeine Erfüllung der Beamtenwünsche hätte eine grundsätzliche Änderung der Besoldungsordnung vom 26. Mai 1909 zur Folge. Hierzu will aber die Staatsregierung, nach den wiederholten Erklärungen des Finanzministers, nicht die Hand bieten; das gleiche kann auch vom Herrenhaus gesagt werden. An diesen beiden Widerständen würde eine allgemeine Reform des Beamtenbesoldungsgesetzes auch dann scheitern, wenn im Landtag eine Mehrheit hierfür vorhanden wäre.

Die Staatsregierung will Entgegenkommen zeigen; aber nur die Beamtenklassen 1 bis 5 und 13 bis 14 berücksichtigen. In diesen Klassen befinden sich vorwiegend solche Beamten, die gleichgestellt werden sollen mit den Reichsbeamten. Für diesen Zweck werden 19,3 Millionen durch ein besonderes Gesetz nachbereitigt. Es kann nicht verlauten werden, daß zahlreiche Beamtenwünsche berechtigt und begründet sind. Das wurde auch von den Abgeordneten des Zentrums, die mit den Beamtenbesuchungen verhandelt haben, anerkannt; aber ebenso freimüdig wurden auch die unüberwindlichen Schwierigkeiten geschildert, die einer allgemeinen Änderung der Besoldungsordnung im Wege stehen. Dennoch soll alles versucht werden, wenigstens die größeren Härtungen, unter denen insbesondere die gehobenen Unterbeamten zu leiden haben, zu beseitigen. Jeder ehrliche Kenner der parlamentarischen Verhältnisse wird rücksichtlos dieser Standpunkt billigen. Um so auffällender mußte es erscheinen, daß einige Beamten, die vorher mit Unterstützenden Abgeordneten verhandelt haben, die Frage ganz schäligend aufräumen: "Wird das Zentrum mit den Konservativen auch kein Kompromiß schließen gegen die Gehaltserhöhung?" und "Warum hat das Zentrum für die Ausschaltung der Beamtenfragen aus der Staatsberatung gestimmt?" Auf Kosten der Wahrheit soll also auch dieses Mal das Zentrum von vorne herein als der Sündenbock bezeichnet werden. Im Geheimen wird gehetzt und verdächtigt, und wenn am Schlus nicht alle Beamtenwünsche erfüllt sind, dann wird es genug liberale Propheten geben, die dann sagen: "Wir haben gleich gesagt, das Zentrum hat nicht gewollt. Wir haben genug Anträge gestellt und Reden gehalten; aber das Zentrum!" So wird gegen die Zentrumspartei mit bestimmter Tendenz Stellung genommen. Aus welcher Quelle die Verdächtigungen kommen, wird sich nicht feststellen lassen; aber auf jeden Fall darf die Zentrumspartei des Landtags erwarten, daß die Parteifreunde in der Beamtenchaft allen wahrheitswidrigsten Behauptungen und beweislosen Verdächtigungen rücksichtslos entgegentreten.

Die Regierungsvorlage betrifft Novelle zum Beamtenbesoldungsgesetz liegt dem Abgeordnetenhaus noch nicht vor. Es ist daher ganz unmöglich, daß die Fraktion dazu hat Stellung nehmen können, und geradezu unsinnig ist es, von einem Kompromiß mit den Konservativen zu reden. Nicht einmal die Parteiführer haben darüber auch nur ein Wort miteinander gewechselt. 1909 haben alle bürgerlichen Parteien das Beamtenbesoldungsgesetz durch einen Kompromiß verabschiedet. Eine Partei nahm Rückicht auf die andere, und alle Parteien zusammen mußten den Wunschen der Regierung und des Herrenhauses Einigungssachen zeigen. Nur dadurch könnten die vielen Klippen damals ungeschickt werden. Vielleicht kann auch dieses Mal ein ähnlicher Weg betreten werden. Der

sollte es Leute geben, die aus agitatorischen Gründen eine Verständigung aller Parteien nicht wünschen? Wir warten die Dinge ab.

Am 13. Januar 1914 bei der Generalsdebatte über den Haushalt wurden auf Anregung des Abgeordneten Winter und aufgrund einer Verständigung aller Parteien die Beamtenfragen aus der Diskussion ausgeschaltet. Als Begründung wurde mit Recht angeführt, daß erstens die Regierungsvorlage noch nicht in den Händen der Abgeordneten sich befindet und daß zweitens die Beamtenwünsche und Petitionen, losgelöst vom Etat, viel eingehender behandelt werden können, als wenn sie im Etat unterlaufen. Dieselbe Haltung nahm auch die Budgetkommission bei der Vorberatung der bisherigen Einzellets ein. Das Zentrum hat also nur dasselbe getan, was alle anderen Parteien auch getan haben; aber das Zentrum muß auf jeden Fall verdächtigt werden.

Unsere Anhänger sollten mit offenen Augen und Ohren die Entwicklung in den einzelnen Beamtenverbänden beobachten. Politisch neutral sollen sie sein; aber es liegen doch Anzeichen vor, die auf eine Zentrumseinföhlung unter dem Einfluß der Fachprese, der Führer und Redner hinweisen. Wenn das Zentrum stets helfen soll, dann kann es verlangen, daß es nicht ohne Grund verdächtigt wird.

## Aus aller Welt

#### Proletarier aller Länder . . .

In einem Artikel "Ungleichheit der Völker" in den "Sozialistischen Monatsheften" (1914, 2) schreibt Genosse Dr. L. Queßel: "Man mag das Einkommen eines europäischen Arbeiters noch so niedrig einschätzen, so ergibt sich doch eine so gewaltige Ungleichheit der Lebenshaltung, daß jede Gemeinschaft zwischen dem österreichischen und dem europäischen Proletariat schlechterdings ausgeschlossen scheint. Das Proletariat europäischer Herkunft kommt mit Interesse und Sympathie die Lohnanfälle der gelben Arbeiter zu beobachten und verfolgen, sobald diese über ihre Lage verbessern wollen, indem sie in den Ländern des weißen Mannes auf dem Arbeitsmarkt erscheinen, erweist sich die Ungleichheit der brasilianischen Rassenarmes, der überall entsteht, wo gelbe und weiße Arbeiter aufeinanderstoßen, der Mahnsatz: 'Proletarier aller Länder vereint euch!' vorläufig wirkungslos verhallt." – Also von einem Zusammenschluß der Proletarier aller Länder sind wir noch so weit ab, da die Möglichkeit eines solchen liegt überhaupt in einer Ferne, daß dem obengenannten Mahnsatz älterer Zeiten die Bedeutung eines allgemeinen Spruches beizumessen ist. Recht bitter für die völkerbestreitende Sozialdemokratie!

#### Eine lustige Jesuitengeschichte

berichtet die sozialdemokrat. "Ösnabrücker Werdpost" aus Osnabrück. Einen Vortrag eines Jesuitenpaters hatte in den letzten Tagen der Club Quadenbrück, eine exquisite Vereinigung, bestehend hauptsächlich aus Anhängern der nationalliberalen Partei. Der betreffende Club bot sich zu einem Vortrag über Wagner's Bühnenweihfestspiel "Parissal" einem Professor Demmes aus Mainz verschrieben, ohne zu wissen, daß der betreffende Professor Mitglied des Jesuitordens ist. Wie uns mitgeteilt wurde, sollen die Gesichter bei einer Anzahl von Clubmitgliedern bei Erkenntnis der Sachlage recht verdutzt gewesen sein. Die heile Situation, in der sich die Herrenchaften befunden haben, spiegelt sich deutlich in dem Bericht des "Osnabrücker Kreisblattes" wieder. Wir können es gut verstehen, daß der Beifall, den der Vortragende am Schlus des zweiten Teiles des Vortrages, "die Weltanschauung des Parissal", erntete, zurückhaltend und geteilt gewesen ist. Dieser Beifall hat eine große Heiterkeit bei der übrigen Bevölkerung ausgelöst. Auf jedem Hauß haben die Herren vom Club Quadenbrück, wenn auch unfreimüsig dafür gesorgt, daß Quadenbrück auch in dieser Sache Osnabrück nicht nachsteht. Während die Nationalliberalen in Osnabrück den Vortrag des Jesuitenpaters Cohenz verhindern wollten, haben sich jene sehr lustig gemacht.

Osthemb. Mainz, 17. Febr. (Eine neue Schleuse.) Bekanntlich hat die Regierung die Mittel zum Bau einer neuen Schleuse in Osthemb benutzt. Nachdem nun die Vorarbeiten beendet sind und das erforderliche Baugeland erworben ist, wird mit den eigentlichen Arbeiten demnächst begonnen werden.

Dortmund, 16. Febr. Hier sprang die Chefarzt des Lehrers Benger mit ihrem vierjährigen Tochterchen in den Kanal. Der Wirt des Bootshauses, der den Vorgang beobachtet hatte, unternahm sofort Rettungsversuche, doch gelang es ihm nur, das Kind lebend am Kanal zu bringen. Die Frau ertrank; ihre Leiche ist geborgen. Die Frau, die seit längerer Zeit gemütskrank war, vollführte die schreckliche Tat in einem Augenblick geistiger Umnachtung.

Düsseldorf, 17. Febr. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß die Errichtung eines Stadions am Rhein. Dieses soll als erstes in Deutschland mit gedeckten Hallen ausgestattet werden. Es sind Blöcke für alle Sportarten zur Ausübung, u. a. auch ein Schwimmbad, vorgesehen. Eben, 16. Febr. Gestern fand die Ehrung von 373 Jubilaren des Arzneivars statt, die auf eine 25jährige oder längere Arbeitszeit im Dienste der Firma zurückzuführen kommen. In einer Ansprache an die Jubilare führte Herr Arzneivars: "Oft kommt mir, wenn ich beim Gange durch die Werkstätten die Arbeit einzelner sehr, besonders die Tatsache zum Bewußtsein, wie sorgfältig und genau die Ausführung der Arbeiten erfolgen muß, soll nicht nur das einzelne Teil, sondern auch nicht das ganze Schaden leiden. Und mit diesem Bewußtsein verbindet sich die Anerkennung des Gelehrten, die Freude an der Zuverlässigkeit des deutschen Arbeiters, der Stolz, mitarbeitend zu dürfen an der Ausübung, auch für die Zukunft diese Grundlagen deutscher Erfolges, geland und stark zu erhalten. Die Möglichkeit, die Gelegenheit auf Arbeit zu bieten und zu erhalten, darauf ist die Werksleitung, wie mein letzter Bemühen gerichtet.

Nassel, 17. Febr. Im benachbarten Polizeiarbau überfiel gestern früh gegen 7 Uhr derstellenlose Fabrikarbeiter Frau Traudl seine Frau und drei Kinder und schlug sie

Staub verweigert worden war, über die Mauer springen wollten, und dabei festgenommen wurden. Der Director der Schule so wie zwei Lehrer wurden arg misshandelt. Bei mehreren Jungen, die an der Meuterei teilgenommen hatten, wurden Revolver gefunden.

**Aalborg**, 17. Febr. In der Land- und Diskonto-Bank in Aalborg unterdrückten zwei Beamte, die privat an der Börse wählten, 641 000 Kronen im Laufe der letzten Monate Aktienkapital, Reserven und Garantiekontos der Bank bedenkt die Unterdrückungen, so daß die Rundschau keinen Schaden erleidet.

**Tripolis**, 16. Febr. (Schiedesstatuten eines Irrsinnes.) Einem eingeborenen Händler namens Verri Khan war es hinterbracht worden, daß ihm seine Frau mit einem anderen Händler untergehe. Der Eifersüchtige und darauf die Familie seiner Frau zu einem Menschen ein, an dem auch Perris Familie, seine Frau und vier Kinder, teilnahmen. In das Essen hatte Perris ein bestürzendes Mittel gesetzt, so daß bald die ganze Gesellschaft, insgesamt neun Personen, in tiefer Bewußtlosigkeit lag. Perris begann darauf eine unzählige Schlachtetei. Mit einem Schwert tötete er alle Personen bis auf seine Frau, die er in Ketten legte. Sobald schlich sich Perris in das Haus seines Nebenbüchers und lösste diesem auf. Als derselbe erschien, tötete ihn Perris durch einen Schwerthieb. Den Kopf des Mannes schlug Perris ab und nahm ihn mit in seine Wohnung. Inzwischen war Perris Frau aus ihrer Bewußtlosigkeit erwacht. Perris zeigte ihr den Kopf des Nebenbüchers und tötete die Frau auf grausame Weise, indem er ihr unter allerlei Torturen nacheinander alle Glieder abschlug. Dann erhängte sich der irrstürzige Mann.

## Bolkswirtschaftliches

\* Die Raiffeisen-Organisation im Jahre 1913. Dem Generalverband ländlicher Genossenschaften für Deutschland gehörten am 31. Dezember 1913 5482 Mitglieder an, und zwar 4480 Spar- und Darlehenskassen-Vereine und 997 Betriebsgenossenschaften. Es bedeutet dies gegenüber dem Vorjahr einen Anzuwach von 196 Mitgliedern, der zusammen mit 112 an die Spar- und Darlehenskassenvereine und mit 84 an die Betriebsgenossenschaften verteilt. Der genannte Mitgliederstand von 5482 Genossenschaften Ende des abgelaufenen Jahres verteilt sich auf die 13 zur Raiffeisen-Organisation gehörigen Landes- und Provinzialverbände in folgender Weise. Es zählen die Verbände mit dem Sitz in Berlin 710 Genossenschaften, Braunschweig 213, Breslau 709, Danzig 414, Erfurt 355, Frankfurt a. M. 217, Kassel 444, Koblenz 461, Königswinter 1. Pr. 368, Ludwigshafen (Rhein) 282, Nürnberg 479, Bozen 30 und Straßburg 1. Et. 494; dazu kommen 25 direkte Mitglieder des Generalverbandes.

## Gerichtsaal

### Bolksfürsorge contra Bolksversicherung

Berlin, 16. Febr. Heute stand vor dem biegsigen Landgericht die Verhandlung in der Klageache der Gewerkschafts-Genossenschafts-Versicherung AG. Bolksfürsorge in Hamburg gegen die Deutsche Bolksversicherung AG. in Berlin statt. Als Vertreter der Klägerin war der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wolfgang Heine, für die Verteilung der Rechtsanwälte kürzlich erschienen. Die Klage gründete sich darauf, daß die Deutsche Bolksversicherung in verschiedensten Rundschreiben die Behauptung aufstellte, bei der Bolksfürsorge würden die Gelder der Versicherten lediglich dazu dienen, der Umsturzpartei einen neuen starken Kriegsschlag im Kampfe gegen den Gegenseitigstaat zu schaffen. Die Klägerin verlangte nach § 14 des Gesetzes gegen den unfaulsten Wettbewerb die Untersagung der Behauptung und weiteren Verbreitung der betreffenden Blugblätter. Nach längeren Ausführungen der beiden Anwälte sollte die Kammer folgendes Urteil: Die Klage wird abgewiesen, die Kosten des Verfahrens werden der Klägerin auferlegt.

## Haus- und Landwirtschaft

\* Eine ländliche Industrie von großer Gegenwart- und Zukunftsbedeutung ist die Kartoffelrohren. Sie ist bereits seit einigen Jahren in der Osthälfte der preußischen Monarchie in großem Umfang und mit gutem Erfolg eingeführt. Sie macht einsteils die Verwendung der Kartoffeln zur Spiritus- und Schnapsbrennerei großenteils überflüssig und wirkt ihr in eindrucksvoller Weise entgegen. Zugleich bedeutet sie auch inneren Erhaltung großer volkswirtschaftlicher Werte, als bei dem bisherigen Betrieb nachweisbar jährlich Millionen von Tausendern Kartoffeln durch Kaufmännische Verwerben verloren gingen, wobei noch die in Mieten und Kellern untergebrachten Kartoffeln erhebliche Gewichts- und Stärkeverluste erlitten. Trockenkartoffeln dagegen sind sehr dauerhaft, leicht aufbewahrbar und beförderlich und bilden ein gesundes und leicht verdauliches Buttermittel, das auch als Ertrag der großen ausländischen Maisexporte ist, für Deutschland einen bedeutenden volkswirtschaftlichen Gewinn darstellt. Nun scheint diese Verwertungswweise sich auch bei uns im Westen mehr einzubringen zu wollen. Im "Land" (1913, Nr. 21) berichtet in einem Aufsatz "Die Kartoffelrohren, ein neuer Zweig der Landindustrie in der Provinz Hannover" Generalsekretär Bussen, Hannover, über einen Versuch genossenschaftlicher Lösung der Kartoffelrohrenfrage, den die landwirtschaftlichen Hauptvereine der Bezirke Lüneburg und Stade unternommen haben. In diesen Bezirken, wo die Verhältnisse den Kartoffelsbau in größerem Maßstabe zur Notwendigkeit machen, sind bereits an 16 Orten Kartoffelrohren-Genossenschaften gegründet worden. Betriebsweise und Geschäftsgang wurden den

### Die Kuchenpfeife

Roman von B. M. Croker.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Alwin Böckeler.  
38. Fortsetzung. Nachdruck verboten.  
Ich weiß nicht, wie ich an jenem Tage meinen Verpflichtungen nachkam. Das Lesen, Schreiben und Sprechen mit meinen kleinen Schülern wurde mir zur Qual, sudem war der kleine Radspaß ganz besonders mühselig. Dann fanden die Klavier- und Überrunden, und wenn die kleinen Mädchen auch ziemlich geschickt singend hatten, so ging ihnen doch jegliches musikalische Gedächtnis ab. Diese Mütter waren wahre Folterqualen für meine hochgespannten Nerven, so daß ich mich mehr als einmal verdeckt hütte, laut aufzuschreien und meinen Kopf gegen die Wand zu stoßen, wie es die Eingeborenen tun.

Endlich war alles überstanden, und die kleinen Quälgeister zogen ab. In der Nachmittagsstunde schliefte ich mich dann in den Garten, und zwar in den abgelegenen Teil, wohin sich die Damen und Paläste nur selten wagten. Ich habe ihn bereits beschrieben, seinen Baumbogen mit seinen Marmorengewölben, seinen blühenden Bäumen und Sträuchern und der Bracht der Rosen- und Granatäume, jenen Garten, wo goldgelbe und purpurrote Schmetterlings umherflatterten und blonde Täubchen und grüne Papageien sich auf den Zweigen wiegten. So schön dieser entzückende Zufluchtsort in seiner echt tropischen Pracht aber auch war, so hatte er doch einen großen Nachteil; er konnte bis in seine entferntesten Ecken vom Palast aus übersehen werden, und — der Palast hatte tausend Augen.

Langsam schlenderte ich auf einen weißen Pavillon zu, der, nach allen vier Seiten offen, ein Meisterwerk seiner Steinbauerarbeit war. Eine frische Brise wehte von den über der Stadt liegenden Hügeln herab, die sonnenföhnenhaften Blätter der stolzen Palmen bewegten sich leise raschelnd und die Luft war vom Wohlgeruch der wärmesten Blätter des Kornhauses getränkt, als ich mich niederlegte und meinen Kopf an den süßen Marmor lehnte.

Ich glaube, ich war nahe daran, einzuschlummern, denn mein Geist war erschöpft vom Denken und Suchen nach einem Auswege aus all dem Wirral. So schlaftrunken überwachte ich doch nicht, daß ich das Geräusch sich nähernder Fußstritte überhörte. Als ich mich aufrichtete, stand Mr. Thorold vor mir. Sie hatte ihn geschickt!

"Guten Abend", sagte er, in den Pavillon eintretend. "Wir wurde gefragt", (er lächelte heiter) "daß Sie mich in einer dringenden Privatangelegenheit zu sprechen wünschen. Sollte sich die

örtlichen Verhältnissen angebaut. Während anderwärts die Kartoffelrohren hauptsächlich Versandsware herstellt, arbeiten die genannten Genossenschaften in erster Linie für den eigenen Bedarf. Im Herbst 1913 haben bereits 6 der Genossenschaften den Betrieb eröffnet.

Dr. B.

## Bon Lahn und Westerwald

\* Aus der Diözese Limburg, 16. Febr. (Untere lath. Arbeitervereine.) Da die weittragende Bedeutung katholischer Arbeitervereine immer mehr gewürdigt wird, — ist auch die Arbeit innerhalb der Partei desseitens intensiver geworden. Die einzelnen Vereine sind unter sich zusammengeschlossen in Bezirk- und Diözesanverbänden, die seit 1912 zu einem großen Kartellverbund der westdeutschen Arbeitervereine vereinigt sind. Für diesen ist eine umfassende katholische Erhebung angekündigt worden, die da nur wenige Vereine fehlen, als Gesamtziel dienen kann. Ende 1912 zählte der Westdeutsche Verband 77 Bezirkverbände mit 1139 Vereinen und 203 680 Mitgliedern. Im Jahre 1913 allein war ein Anwachs von fast 100 Vereinen und 16590 Mitgliedern zu verzeichnen, von denen die meisten auf die Diözese Köln fallen. Die meisten der neu hinzugekommenen Mitglieder rekrutieren sich aus ausgewanderten Vereinen, während alte Vereine nur geringe Zunahmen zu verzeichnen haben. Es ist also nach dieser Sicht grösere Werbetätigkeit nötig. Dagegen ist die Neugründung besonders in ländlichen Bezirken sehr erfolgreich gewesen. Die Notwendigkeit dafür ist klar in der Ausdehnung der industriellen Verdichtung gegeben. Auch in vielen unserer Westerwaldorte macht sich die Industrie immer breiter, weshalb der Gründung von lath. Arbeitervereinen auch da immer mehr Aufmerksamkeit zu schenken notwendig ist, um dem Eindringen sozialdemokratischer Bestrebungen bei unserem Landvolk und besonders bei der Arbeiterschaft vorzubehalten. In unserer Diözese bestehen 4 Bezirkverbände: für Rheingau, Mainau, Frankfurt, Taunus, Westerwald — mit insgesamt 54 Vereinen und 4474 Mitgliedern. Dabei sind auch einige Vereine als Männervereine beschildert, sie haben aber die nämliche Bedeutung wie die Arbeitervereine. Der Limburger Diözesanverband hat auf seinem letzten Delegiertenkongreß am 21. Juli 1913 die Richtlinien für eine gebedliche Arbeit und die Ziele der Vereinstätigkeit gegeben, die sich nun praktisch bewähren sollen. Ein eigenes Winterprogramm war vorgesehen, das ebenso eine Anregung auf religiösem Gebiete wie auch zur sozialen Schulung des Arbeitersandes schaffen soll. Daneben aber ist auch mehrfach eine Förderung der Volksbildung bestrebungen angebahnt worden. Insbesondere wurde dem Sparfassenwesen wie auch der Einführung von Hilfskrankenkassen und der Leoplasie als der billigsten Volksversicherung großes Interesse entgegengebracht. Bereits in 10 Vereinen unserer Diözese bestehen solche Kasseninstitutions, die nach dem Erwachen des Volksinteresses an diesen Einrichtungen der Neuzeit jetzt eine wesentliche Förderung erfahren werden. Dass ein lebendiger Zug durch die katholische Arbeiterschaft geht, die die Förderung der Zeit versteht, erhebt auch daraus, daß etwa 30 Prozent aller Mitglieder der lath. Arbeitervereine auch gewerkschaftlich organisiert sind.

Dieringen, 16. Febr. Am Sonntag feierten die Eheleute Joh. Wilhelm Lanz und Elisabeth Christiane geborene Kübler das Fest der goldenen Hochzeit.

Weilburg, 16. Febr. Die Weilburger Gasbelieferungs-Gesellschaft hat vom 1. April ab für Leucht-, Koch- und Heizgas den Einheitspreis von 16 Pf. für den Kubikmeter festgesetzt. Für Kraftgas zum Motorenverbrauch bleibt der jetzige Preis von 13 Pf. für den Kubikmeter bestehen. — Der hier geborene Versicherungsagent Karl Brennerhausen verfügte in Frankfurt zahlreiche Versicherungsschwindel. Er ließ sich von den Antragstellern anmelden. Gekommen wurde er in Frankfurt von einigen Geschäftsmännern auf der Straße erfaßt, die seine Verhaftung veranlaßten.

Güdingen, 17. Febr. Die Gemeinde hat ihre Feste an die Herren Rentner Karl Kärber und Hotelier Richard Koll, beide von Wiesbaden, freihändig für die Summe von 1050 Mark verabredet. Seither wurden nur 171 Mark erlost.

Pissigkofen, 16. Febr. Unser Ort erhält nun auch eine Posthilfsstelle mit Telefonanschluß, wodurch einem lang gehegten Wunsche entsprochen wird.

## Bom Main und Taunus

### Das Kaiserpaar in Homburg v. d. H.

\* Bad Homburg v. d. H., 17. Febr. Wie die "Kreiszeitung" heute meldet, trifft das Kaiserpaar am 27. oder 28. März zum diesjährigen Frühlingsaufenthalt hier ein. Der Kaiser wird etwa 6 Wochen, die Kaiserin 8 Wochen hier verweilen.

\*

b. Breithal, 17. Febr. Ein im "Schilphenhof" abgeholtener Elternabend nahm, bei starkem Besuch, einen schönen Verlauf. Die von Mitgliedern des Turnvereins gebotenen Leistungen fanden stürmischen Beifall; ebenso die Vorträge des Gesangsvereins "Liederkanz".

Hofheim, 17. Febr. Der biegsige Karnevalverein verzankt nach vierjähriger Pause in diesem Jahr am Faschingssonntag einen Karnevalszug. Fast sämtliche biegsigen Vereine haben ihre Mitwirkung zugesagt. Er umfasst circa 40 Nummern.

Griesheim a. M., 16. Febr. Die biegsige Polizei-Verwaltung hat den Vorständen der Arbeiter-Sänger-Turner und

Regierung am Ende gar auf eine Rundigung Ihrerseits gefaßt machen müssen? „Sprechen Sie rasch“, fügte er in plötzlich verändertem Tone hinzu. „Was gibt es? Sind Sie krank?“

„Nein, ich bin nicht krank, ich bin überhaupt niemals krank, und ich habe auch nicht nach Ihnen geschickt. Wer ich bin sehr froh, daß Sie gekommen sind, denn ich befinden mich in einer höchst schwierigen Lage.“

„Aus der ich Ihnen hoffentlich herausheben kann.“

„Ich nein, ich glaube es nicht.“

„Um was handelt es sich denn?“

„Um Sie und die Perlen, die Jägerperlen.“

„Aber ich bitte Sie, meine liebe Miss Herrars...“ Er hielt einen Augenblick inne und fuhr dann fort: „Was haben Sie mit diesen Jägergeschichten zu tun? Die Mani Sundaram brennt darauf, die Juwelen wegen der Hochzeit in ihren Besitz zu bringen, ich habe mich aber bestimmt und in aller Form gegen den Aufzug ausgesprochen, und Gottlob, mein Wille ist, wenigstens was die Verbindung der Einflüsse des Landes anbelangt, gesetz.“

Damit setzte er sich mit gegenüber auf das Geländer. Er sah häßlich und wohlb aus in seinem bläulichen Anzug und hatte sich offenbar von der Malaria gänzlich erholt.

„Wie kommt es denn, daß Sie in den Kampf um die Perlen hineingezogen werden?“ wiederholte er.

„Ich will es Ihnen sagen. Gestern abend ließ mich die Mani in ihre Privatgemächer kommen... O, es war entsetzlich! Sie überschüttete mich mit Drohungen und sagte, ich solle Sie warnen, denn Ihre Krallen seien gefährlich. Sie erinnern sich, daß Sie unser Gespräch damals belauschte, als wir Sie eine böse alte Kugel nannten?“

„Ja, aber was wollte Sie denn von Ihnen?“

„Die Perlen, die Jägerperlen.“

„Er brach in lautestes Lachen aus. „Das ist alles?“

„O, lachen Sie nicht“, sagte ich ungeduldig, „es würde Ihnen wahrhaftig vergehen, wenn Sie sie gehört hätten. Sie ist ganz auf die Perlen erbost, ihre Seele würde sie dafür verlauten.“

Er lachte. „Darum würde niemand viel geben. Hat sie überhaupt eine Seele?“

„Bitte, lassen Sie mich ausreden!“ (Langstichisch schaute ich mich um, quer es befand sich weit und breit kein Mensch.) „Die Mani glaubt, ich könnte Sie beeinflussen, aber ich weiß natürlich, daß das Unsinn ist.“

„Nein, nein, darin hat Sie vollständig recht“, gestand er mit großer Ernst, so daß mir das Blut ins Gesicht stieg.

„Sie befahl mir, Sie zum Kauf der Perlen zu bewegen. Ihre Familie, so behauptet sie, lange nun allmählich an sich von

Nahfahrer die Meldung zugeben lassen, daß ihre Vereine, weil sie auch die politische Erziehung“ der Mitglieder beweisen, aufgrund des Reichsvereingesches als politische Vereine zu gelten haben.

b. Frankfurt a. M., 17. Febr. (Das nächtliche Frankfurt.) Bei einer nächtlichen Streife durch das Bahnhofsviertel fielen sechs der Polizei 40 Personen in die Hände, meistens Bettler und Tanten.

b. Frankfurt a. M., 17. Febr. (Ein salomonisches Urteil.) Der biegsige Magistrat hatte entgegen dem Beschluss des Fortbildungsschulvorstandes den Stadtverordneten und Fachlehrer Walter zum Rektor der Fortbildungsschule gewählt. Gegen die Wahl legte ein Stadtverordneter beim Regierungspräsidenten Protest mit der Begründung ein, daß Walter nicht die vorgeschriebenen Prüfungen gemacht habe. Von Wiesbaden ging die Angelegenheit zur Entscheidung nach Berlin. Und hier füllte das Ministerium ein geradezu salomonisches Urteil. Herr Walter wurde als Rektor nicht bestätigt; aber, so sagt der ministerielle Erlass, der Magistrat darf Herrn Walter als „Schulleiter“ anstellen. Da nun eine Schulleiterstelle für die Fortbildungsschule im städtischen Statut nicht vorhanden ist, so muß das Gehalt des Schulleiters erst bewilligt werden, was jedenfalls in der Stadtverordnetenversammlung nicht so leicht gehen wird, weil man sich mit dieser Verleugnung der bürgerlichen Selbstverwaltungsrechte durch den Magistrat in weiten Kreisen nicht einverstanden erklärt.

Frankfurt a. M., 17. Febr. Am Sonntag fand hier eine Beamten-Versammlung statt, in welcher folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die von über 800 unteren Beamten befuhrte Versammlung des Bezirksvereins Frankfurt (Main) des Verbands der unteren Post- und Telegraphenbeamten“ hält im Hinblick auf die bei den Gehobenen hervortretenden grossen Härten und Ungleichheiten in der Beförderung, deren Befreiung als dringend notwendig anerkannt ist, die Befreiung dieser Beamtenklasse neben den herigen der Landbriefträger in der Novelle zum Bevölkerungsrecht für ein Gebot dringender Notwendigkeit. Die Bevölkerungsrecht gibt der Post- und Telegraphenbeamten noch durch den Statut 1914 in ausreichender Weise zu erhöhen.“

## Bom Rhein

e. Biebrich, 18. Febr. In Nr. 35 dieser Zeitung veröffentlichten wir einen kurzen Bericht über einen hier gehaltenen Vortrag: „Die nationale Einheitsschule!“ Hierbei hieß es: „Der Redner betonte, daß es zuerst seine Partei (die Fortschritt. Volkspartei) gewesen sei, die die Einheitsschule gefordert habe und im Bunde mit der Sozialdemokratie mit allen Mitteln und aller Energie dafür kämpfe und wirke.“ — Diese Aussführungen will nun der Redner, Herr Lehrer Rieder, nicht gemacht haben. Er fordert uns daher zur Nachprüfung auf, welchen Verlangen wir hierdurch nachkommen. Nun hat unser Korrespondent das Wort.

b. Schierstein, 17. Febr. In der gestrigen Gemeindevertretersitzung wurde zunächst der Haushaltsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1914 festgestellt. Der vom Gemeindevorstand aufgestellte Haushaltsvoranschlag sieht eine Einnahme von 178 675 Mark und eine Ausgabe von 178 625 Mark vor. Eine Erhöhung des Bußgeldes zur Einkommensteuer von 10 Prozent ist dabei vorgesehen, da eine anderweitige Deckung des Beträges nicht möglich ist. — Die Steuerzuschläge betragen für die Folge 140 Prozent zur Einkommensteuer, 180 Prozent zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und 100 Prozent zur Betriebssteuer. — Auf Antrag des Königl. Konstituums wurde beschlossen, das Organistenamt in der biegsigen evang. Kirche in dauernde Verbindung mit einer Lehrstelle zu bringen. — Ein Pachtvertrag mit dem Königl. Wasserbaamt Bingerbrück (bei Strandbad) wird genehmigt. Der Pachtbetrag beträgt 100 Mark pro Jahr. Die Errichtung von Bauten u. v. sowie der Fahrbetrieb bedürfen besonderer Vereinbarungen. — Die letzte Holzversteigerung brachte einen Erlös von 3237 Mark. Die Versteigerungsergebnisse wurden erzielt. — Nach Schluß der Tagesordnung verlas der Vorsitzende ein Schreiben der Rheingau-Elektrizitätswerke, in dem sie bitten, das ihnen durch Vertrag vom 5. September 1912 eingeräumte alleinige Recht zur Verlegung

"Kathol. Frauenbundes", Zweigverein Gelsenheim, ein Vortrag statt. Das Thema lautet: "Das Leben der Landgräfin von Thüringen, der hl. Elisabeth, das Vorbild aller deutschen Frauen." Redner ist der hochw. P. Guardian Epiphany Rosenthal.

G. Gelsenheim, 17. Febr. Gestern Nachmittag fand im Kloster der Ursulinen eine theatralische Aufführung statt. Die hochw. Gesellschaft, zahlreiche Freunde und Söhne der Anstalt, hatten sich in der Turnhalle zur Vorstellung eingefunden. Eröffnet wurde das Spiel durch einen vierhändigten Marsch für Klavier von Fr. Lachner, der sehr feucht und ausdrucksstark vorgetragen war. Die Rollen der einzelnen Theaterstücke waren gut verteilt, die Spielerinnen hatten sich so recht in dieselben hineingelegt, sodass die Zuschauer mit der größten Spannung und dem lebhaftesten Interesse den Aufzügen folgten. Reicher Beifall wurde am Schluß eines jeden Stücks von allen Seiten gezeigt. An dieser Stelle sei der Vorsteherin des Justitiates, den Leiterinnen und Mitwirkenden des Spieles für den theatralischen Abend, der allen einen so hohen Genuss bereitete, aufzräufiger Dank gesagt. Möge es uns vergönnt sein, auch im nächsten Jahre wieder einer solch schönen Veranstaltung beizuhören zu können.

Gelsenheim, 17. Febr. Herr Dillmann von hier hatte das seltene Glück im Rhein einen Salm im Gewichte von 8—10 Pfund zu fangen.

G. Gelsenheim, 17. Febr. Die heutige dahier abgeholte Immobiliensteuerziehung hatte folgendes Ergebnis: Auf das Wohnhaus der Erben Wiss. Schäfer in der Löhrstraße wurde kein Gebot abgegeben, ebenso auf das eine in der Christophstraße, während das zweite bei einem Gebot von 9000 Mark zurückging; auf das Peter Dehe'sche Wohnhaus in derselben Straße ist kein Gebot erfolgt. Das Ammelsburger'sche Kellereianwesen an der Gelsenheimerstraße wurde zu dem Gebote von 15 000 Mark zurückgenommen. Auf die Villa des Weinhandlers Josef Roos erfolgte kein Gebot; ein Weinberg im "Staudt" ließerte die Rute zu 15 Mark Herr Sährholz hier. Die Weinberge auf der "Gessel" und auf der "Majnauer" gingen zu dem Gebot von 15 Mark per Rute zurück. Auf die Häuser der Firma J. A. Kratz (Geschwister Lohs), darunter das bekannte Hotel Kratz, erfolgte kein Gebot. Auf zwei Weinberge im "Kiesel" und in der "Zay" wurden per Rute 45 und 35 Mark geboten, jedoch der Zuschlag nicht erteilt. Auf alle anderen Weinberge wurde kein Gebot abgegeben. Auf die Villa Bleymüller und ebenso auf das Wohnhaus der Witwe John Walmsley an der Gelsenheimerstr. wurden gleichfalls keine Gebote abgegeben.

Braubach, 17. Febr. Am Sonntagabend fand hier im "Kaiserhof" eine gut besuchte Versammlung des Volksvertretens für das fahrl. Deutschland statt, in welcher Herr Arbeitssekretär Rademacher-Koblenz einen Vortrag über die Versicherungsgesetz hielt. 17 neue Mitglieder traten dem Volksverein bei. Der "Kathol. Flechthof" erfreute die Anwesenden durch eine Reihe gesanglicher und deklamatorischer Vorträge, so dass die Versammlung zu einer recht schönen Veranstaltung der katholischen Gemeinde sich entwickelte. Herr Delan Schmidt konnte unter allgemeinem Beifall den Veranstaltern und den Rednern, herzlichen Dank spenden.

## Aus Wiesbaden

### Stadtverordnetenitzung

Die Stadtverordneten sind auf Freitag, 20. Februar, nachmittags 1 Uhr, in den Bürgersaal des Rathauses zur Sitzung eingeladen. Die Tagesordnung lautet: 1. Bewilligung von 74 000 M. für Einlegung des zweiten Gleises in der Weinsdorfer Straße zwischen Hessenkeller und der Ringweihe. Ver. Bau-A. 2. Desgl. von 8500 M. für Errichtung von Räumen im Unterbau des Pavillons III des städtischen Krankenhauses für Zwecke der Stehreinigung. Ver. Bau-A. 3. Bericht des Bauausschusses über Prüfung der Frage betr. die Wahl eines Bauplatzes für eine staatliche höhere Lehranstalt in Wiesbaden. 4. Fluchttlinienplan über die Abänderung von Straßen in den Distrikten Aßlar, Norden und Oberstadt. Ver. Bau-A. 5. Änderung von Grundstückstümern an der Weinbergstraße infolge Abänderung des Fluchttlinienplanes. Ver. Fin.-A. 6. Genehmigung eines hypothekarischen Darlehens an das Johannesstift und Erhöhung des bisherigen Zuschusses. Ver. Fin.-A. 7. Bewilligung des Abgebotes für den am 1. April 1. J. in den Ruhestand tretenden Schulbeamten J. Trapp. Ver. Deg.-A. 8. Neuwahl von vier Mitgliedern des Schuldeputation. Ver. Wahl-A. 9. Desgl. eines Mitgliedes des Steuerausschusses für die Veranlagung der Gemeinde-Einkommenssteuer. Ver. Wahl-A. 10. Endgültige Beschlussfassung über das abgebündete Ortsstatut der, die gewerbliche Fortbildungsschule in Wiesbaden. 11. Aufruf der Stadtverordneten-Versammlung über die sekte Anstellung der Lehrerin Walli Bendau an der gewerblichen Fortbildungsschule. 12. Desgl. über die sekte Anstellung des Portiers Karl Jung bei der städtischen Kurverwaltung. 13. Wahl von Armeapothekern und Armen- und Waisenfürsorgerinnen. 14. Bewilligung eines jährlichen Zuschusses von 1600 M. an den Wiesbadener Stadtförderband für Jugendsfürsorge. 15. Bewilligung von 2650 M. zur Bornahme von baulichen Veränderungen im Hotel-Restaurant Neroberg. 16. Umlegung von Baugelände an der Richard-Wagner-Straße.

### Der deutsche Fechtspor

Der Bundestag des Deutschen Fechterbundes fand am Sonntag in Kassel statt, wovon berichtet von Hamburg, Berlin, Dresden, Hannover, Frankfurt, Darmstadt, Offenbach a. M., Wiesbaden, Mainz u. a. m. und tagte unter dem Vorsitz des um den gesamten Fechtspor verdienten Bundesvorsitzenden, Grafen Dr. von Ostenbach. Wiesbaden war im Namen des diesigen Fechtsporvereins doppelt vertreten, durch den Vorsitzenden des Fechtsporvereins, Hauptmann O. Kesseling und

übergetreten sein, gehört aber nach wie vor zu jener schlimmen Gattung schlauer Betrüger, die flug, reich und gewissenlos, vor keiner Schlechtigkeit zurückzuschrecken. Mit seinem englischen Hirn, dem häblichen Gesicht und seiner grenzenlosen Freiheit hat er schon viel erreicht."

"So verhält es sich also mit diesem Ibrahim!" rief ich. "Und die königlich perfide Abstammung ist nur eine Fabel?"

Natürlich, die sogar auf recht schwachen Füßen steht. Schon seit einiger Zeit habe ich wachsames Auge auf diesen Kunden. Alles, was er Ihnen über die Rani vorschwatzt, hatte nur den einen Zweck, die Wege für den Anlauf zu ebnen. Das saubere Paar steht nämlich unter einer Decke. Sie wünscht die Worte zu haben, er, sie zu verkaufen. Wenn ich also nicht wäre, könnte die Sache recht glatt verlaufen; ich bin der den beiden im Wege stehende dräuende Löwe."

"Ja, das sind Sie allerdings", stimmte ich ihm mit trübem Ernst zu.

"Die Rani Sundaram hat also diese Unterredung ins Werk gesetzt, und da Sie nun einmal Ihre Gesandtin sind, so sage ich Ihnen, daß meine Antwort „nein“ heißt, nein, ja und immer."

"Ich wußte natürlich wohl, daß Sie so lauten würde, und sagte es ihr auch, aber Sie wollte mir nicht glauben."

"Es ist einfach Ehrensache, so zu handeln, wie ich es tue. Mein Posten ist alles eher als nach meinem Geschmack. Nachdem aber die Regierung diesen Jungen nun einmal meiner Ohnmacht anvertraut hat, so muß ich seine Rechte auch nach besten Kräften wahrennehmen. Wir Staatsbeamte haben hier in Indien ebenso gut unsere Schlachten zu schlagen wie die Soldaten, und ich glaube, ich darf sagen, daß wir stets mutig den Gesetz die Sterne geboten und allen Bestechungsversuchen, so verlockend sie auch sein möchten, stets und nachdrücklich widerstanden haben. Ich bleibe unerschütterlich fest auf der Seite meines Schülers und werde ihn mit aller Macht, die mir zu Gebot steht, beschützen: seine Person, sein Land und sein armes, schwer bedrücktes Volk. Es ist meine Pflicht, dem Unzug der Steuereintreibung, wie er jetzt gang und gäbe ist, zu steuern, Gerechtigkeit zu über und den Wohlstand dieses zugrunde gerichteten Landes möglichst zu heben, bis der junge Radha einmal die Regel der Regierung in seine eigene Hand nimmt. Vorläufig aber bin ich hier Herrscher und König."

Ja, jeder soll ein König! — so sah er aus, dieser hochgewachsene, breitschulterige Engländer mit dem ernsten, entschlossenen Gesicht und der natürliche-vornehmen Dastung. Erregt sang er ein Paarimal im Pavillon auf und ab, dann fuhr er fort: "Das Volk hat mein Versprechen, das Versprechen der britischen Regierung. Glauben Sie, daß ich deren Ehre ausspielen werde.

Herrn J. Küder. Der letztere wurde bei der Vorstandswahl als Beisitzer in den Vorstand für 1914 gewählt. Aus den Verhandlungen sind die Beschlüsse über das Bundesturnier 1914, die Beteiligung an den Baltischen Spielen in Malmö 1914 und die Vorbereitung auf die Olympiade 1916 in Berlin beachtenswert. Das Bundesturnier 1914 wird in Hamburg abgehalten, vom 11. bis 13. April, vorangeht die zweite jährliche Bundesversammlung. Die Beteiligung an den Baltischen Spielen in Malmö, etwa vom 12. bis 16. Juli, wurde ebenfalls beschlossen und ein Beschluß bewilligt. Ein Antrag Kesseling, der Vorstand des T. G. B. folle von der Bundesversammlung beantragt werden, eine durch den Bund selbst ausstellende, offizielle urkundliche Anerkennung der bestehenden Leistungsfähigkeit für das moderne Leben in Deutschland in die Wege zu leiten, und gleichzeitig die Schaffung einer staatlichen Bildungsanstalt für Fechtlehrer anzurufen, um die Unabhängigkeit von den bisher einzigen bestehenden Anstalten des Auslandes (Rom, Joinville, Wien) bei der Beschaffung von Lehrkräften, zu erreichen, wurde einstimmig angenommen.

### Aus dem Hoftheater

Der Intendant der Königlichen Schauspiele in Wiesbaden, Kommerzienrat W. Wunderlich, ist nach einer mehrwöchigen Erholungsreise aus dem Süden zurückgekehrt und hat die Dienstgeschäfte wieder übernommen.

### Aus dem Kurhaus

Der vierte und letzte Kurhausmaskenball findet am Samstag dieser Woche in sämtlichen Räumen des Kurhauses statt. — Um den Rahmen der Reunion zu wahren, findet diesmal auch die Masken-Reunion am Dienstag kommender Woche im kleinen Saale, in der Wandelhalle und im Weinsalon statt. Die Kurverwaltung bitte sämtliche Interessenten, heute schon ihre Gesuch um Zulassung einzureichen, damit eine Verzögerung infolge Arbeitsüberhäufung in der Ausstellung der Karten, sowie unnötige Bildfragen vermieden werden.

### Rothsche Stiftung

Am unbemittelte Krause sind vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 etwa 140 Freistellen der Dr. Heinrich Rothschen Stiftung, welche ganz freie Vergiegung und freien Gebrauch der Bäder gewähren, zu vergeben. Den an das städtische Krankenhaus zu Wiesbaden einzuzeichnenden Bewerbungsgesuch, die Angabe über Lebensstellung und Alter enthalten müssen, sind beizugeben: Das Zeugnis eines ausgewiesenen Arztes über die Notwendigkeit der Kur für ein soziale zu charakterisierendes Leiden mit der Schilderung des gegenwärtigen Zustands des Kranken, insbesondere des Grades seiner vorübergehenden Hilflosigkeit, die Belehrung der Bedürftigkeit durch die Heimatbehörde. Nur die eignen sich vorausweise chronische Rheumatischen, Krankheitszustände nach Unfallverletzungen und Reife abgelaufener Entzündungen, chronische Magen- und Darmkatarrhe, chronische Gehirn- und Nierenkrankheit, mangelhafte Entwicklung der Kinder, steckaloß Leiden, vorzeitige Alterungsprozesse, Neuralgien und Nervenkrankheiten. Anmeldungen werden bis zum 1. April d. J. eingegangen. Die Reisekosten trägt der Kranke, dem auch die Zeit des Kurgebruches bestimmt wird.

### Keine Erhöhung der Bezirksabgaben

In den Etat des Bezirkverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden für 1914, der dem 48. Kommunaltag in seiner am 20. April beginnenden Tagung zur Genehmigung vorgelegt wird, sind wie im vergangenen Jahre und in den Jahren 1911 und 1912 wieder 7½ Prozent das Steuereinnahmefolgs als Bezirksabgabe eingestellt. Ein Erhöhung findet demnach nicht statt.

### Blumenbinder-Kursus

Ein Lehrgang für Blumenbinderei findet in der Königl. Gärtnereibranche in Berlin-Dahlem vom 18. Mai bis 27. Juni statt. Zugelassen sind berufsmäßige Binder und Binderinnen, welche mindestens zweijährige Praxis nachweisen, sowie Inhaber von Blumengeschäften und Gärtner. Anmeldungen sind an den Direktor der Königl. Gärtnereibranche in Berlin-Dahlem zu richten.

### Dom Reformhause

Die Vorführungen im Reformhause am letzten Freitag fanden teilweise vor ausverkauftem Hause statt; viele Kinder mußten bis zu dem Beginn der nächsten Vorstellung warten. Die Reise durch die Hallenbauten, mit den erstaunlichen abwechselnden Vorträgen der Herren Schriftsteller Breysig und Redakteur Wörthboßler fanden bei groß und klein freudige Anteilnahme. Für nächsten Freitag ist eine Reise um die Welt" vorgesehen. Da steht zu erwarten, daß auch diese Reise mit ihrem unterhaltsamen, belehrenden und abwechslungsreichen Bildern ebensoviel Besuch findet, umso mehr als gerade dieser Film in einer Reihe deutscher Städte leidhafte Anklang gefunden hat. In Hannover, Düsseldorf und Dogen wurde er sämtlichen Volksbüchern vorgeführt. Für Erwachsene empfiehlt es sich besonders, an den Abendvorstellungen teilzunehmen. (Näheres siehe Anzeige.)

### Humoristische Liebertafel im Vereinverein

Am nächsten Sonntag, 22. Februar, abends 8 Uhr, findet, wie bereits mitgeteilt, im Vereinsaal Luisestraße 29, eine humoristische Liebertafel statt. Nach dem uns vorliegenden Programm verhieß die Veranstaltung in gleicher Weise wie die letzte Freier zu verlassen. Verschiedene Damen und Herren haben sich in den Dienst des Vereins gestellt, um durch humoristische Vorträge an der Feierlichkeit mitzuwirken. Das Wiesbadener Towelpauert unter Leitung des Musikdirektors Werner wird sieben Männerchöre, vorwiegend heitere Genüse, vorzeigen. Die Mitglieder des Quartetts verfügen über ein gutes Stimmenmaterial, ihre Vortragsweise ist eine außerordentlich ansprechende, sodass alle Besucher der Veranstaltung einen Rundgang zu erwarten haben. Zwischen den Vorträgen werden gemeinschaftliche Lieder gesungen, welche zur Verstärkung des Programms beitragen. Der Freier wird sich ein Ball an-

um die wahnwitzige Eitelkeit einer alten Hexe zu befriedigen und ein Land um einer Verlehnshut willens ins Verderben zu stürzen?"

"Das habe ich selbstverständlich niemals gedacht", antwortete ich. "Allein ich bin fest überzeugt, daß, wenn Sie sich Ihrem Willen widersezten, sie alle Anstrengungen machen wird, Sie zu vergiften."

"Gut, ich will es darauf ankommen lassen und, wenn es sein muß, auf meinem Posten sterben. Lebriegens wird sie es weder wagen, mich zu vergiften, noch Ihnen auch nur ein Haar zu krümmen, denn Sie weiß, daß der Arm der englischen Gerechtigkeit lang ist, und so maßlos und unberedenbar sie auch in ihren ehrgeizigen Plänen ist, so glaube ich doch, daß ich den Rännen eines wilden alten Weibes gewachsen sein werde."

"Ich hoffe es von ganzem Herzen, aber man soll nicht prahlen, das bringt Unglück."

"Wahrheit ich? Nein, ich stelle nur eine Tatsache fest. Glaubt übrigens die Rani wirklich, sie könne mich durch eine Versuchung, und wäre sie auch noch so verlockend, bewegen, zwanzig Lakh Rupien auf Kosten des hungernden Volkes zu verschwenden und das Leben unzähliger Menschen auf mein Gewissen zu laden?"

"Ich weiß nur etwas von einer Drohung, worin aber liegt die Versuchung?" fragte ich erstaunt, da ich nicht wußte, was er meinte.

"Sie sind natürlich die letzte, die darauf kommen könnten. Aber die Rani und ich, wir sind nicht im Zweifel darüber."

Überdrachtig sah ich ihn an, und langsam fuhr er fort: "Die Rani Sundaram hofft, daß Ihre Drohungen, Ihre Angst, Ihre Bitten, und — darf ich hinzufügen — Ihr Liebtest mich zum Nachgeben veranlassen könnten."

"Sie weiß aber doch, daß ich Sie niemals bitten würde, Ihr Wort zu brechen..." stammelte ich verwirrt. "Und niemals läuft es mir in den Sinn, daß meine Person beim Walten der Gerechtigkeit irgendwie in die Wagischa fallen könnte."

"Es wäre nicht das erste Mal, daß persönliche Dinge den Ausschlag geben", versetzte Thorold trocken.

Ich zitterte am ganzen Körper und vermochte nur zu murmur: "Ich bin überzeugt, daß Sie tun werden, was recht ist... daß Sie gar nicht anders handeln könnten. Ich... ich werde Ihre Antwort überbringen."

Trotz aller Anstrengung, sie zurückzuhalten, stahlen sich zwei dicke Tränen aus meinen Augen und tropsten auf mein Kleid herab.

Einen Augenblick lang war ich vor Scham darüber wie geschränkt. Ich wogte weder aufzusehen, noch die Zeichen meiner Be-

schließung, dessen Leitung Taxislehrer Deller freundlich übernommen hat. An die Mitglieder des Vereins ergeht schon heute die Bitte, recht zahlreich an der Liebertafel teilzunehmen. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen.

### Kriegerverband des Regierungsbezirks Wiesbaden

Die bimensrale Vorstandssitzung fand am Mittwoch unter dem Vorsitz des Ober- a. D. von Detten im Hotel Berg statt. Von auswärtigen Verbänden waren vertreten: Frankfurt, Oberhausen und Wiesbaden-Land. Ungefehr haben sich die Vereine Niederrheinberg, Kirberg, Verein ehemal. Bamberger Männer Konkordia und Marineverein Düsseldorf. Als Termin für den Abgeordnetentag 1914 in Elbtal steht 24. Mai in Aussicht genommen, falls der Kreisverband Rheingau seine Einwendungen gegen diesen Zeitpunkt zu machen hat. Die Lebensversicherungsanstalt und Sterbekasse des Bundes hat in einzelnen Provinzen Geschäftsstellen eingerichtet. Für die Regierungsbezirke Wiesbaden, Koblenz und Trier ist eine solche Geschäftsstelle in Frankfurt, Beilstein, eingerichtet, die die Oberaufsicht über die verschiedenen Geschäftsstellen in Frankfurt, Beilstein, Koblenz und Trier übernimmt. Die Vermittlung der Getreide- und Getreideverarbeitung ist eine wichtige Aufgabe, die der Kreisverband Wiesbaden mitgeteilt.

### Gerichtliche Versteigerungen

Bei der Montag vor dem Amtsgericht vorgenommenen Versteigerung des Hauses Blücherstraße 46 wurde das Höchstgebot abgesetzt von dem Bauunternehmer Dr. Ch. Rössel hier, sowie dem Holzschreinereifmeister K. B. Meier mit 8770,50 M., bzw. 90 000 M. Hydraulikbleiben beibehalten. Die eigene Aussicht der Steigerin beläuft sich auf 90 000 M., die Tore auf 185 000 M. Die Auktionserlöse erlösen sofort. — Im weiteren wurde auf Grund von früheren Terminen ein gegebenes Gebot der Bischlag erachtet: Dem Bäckermeister Peter Sauerwein für das Haus Karlstraße 21; dem Rentner August Schmidt, Platzer Straße, für das Haus Albrechtstraße 23.

### Nachnahmeschwindel

Verschiedene bietige Geschäftsläden erhielten in den letzten Tagen von einer Hamburger Kolonialwaren-Firma Postanstriche über angebliche Reklamationen zur Einlösung übermittelt. Es handelt sich meist um Beträge von 30 bis 50 M. Antragen bei der Hamburger Polizei ergaben, daß diese nicht die Absenderin war. Es handelt sich also um einen Schwindel, der zur polizeilichen Anzeige gebracht wurde.

### Osenfelder und Weltvermittler

Osenfelder ist der 31jährige Johann Kaus in Frankfurt von Berni. Seit etwa einem Jahre lebt er aber keine Dejen mehr, sondern seit auf Werde und hat, seitdem er sich ganz diesem „Sport“ gewidmet, wenn man seinen Angaben glauben will, seitlich reichlichen Verdienst. So mag aber auch beigebringen haben, daß er bei der Weltvermittlung, die ihm gehörte ein Verfahren vor der Wiesbadener Straßammer aufgezogen, nicht immer ganz reell vorging. So zahlte er Mitte September v. J. einer Frau Meyer in Wiesbaden einen von „Mosalind“ gebrachten Gewinn von über 200 Mark vorne aus. Als dieselbe Kundschaft am nächsten Tag 800 Mark einzutragen hatte, die „Mosalind“ gebracht, versagte Kaus. Daß er deshalb mit dem Strafrichter in Konflikt kam, Luzern habe die Bette wegen nicht genügender Tadelung nicht angenommen, er also auch den Gewinn nicht ausbezahlt können. Nicht nur Weltvermittlung, sondern Beihilfe zur Buchmacherei kostet das Gericht für nachgewiesene und nahm Kaus in einer Woche Gefängnis und 700 Mark Geldstrafe. — Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob die von den Gerichten über Buchmacher, Weltvermittler

mögliche, sondern nur einfache Hehlerei, die das Gericht mit einem zweiten und einem verhältnis schweren Diebstahl ihm mit 14 Monaten Gefängnis antreide.

#### Kreppelzeitung

Die Kreppelzeitung, die jetzt im Verlage der Wiesbadener Verlagsanstalt G.m.b.H. erscheint und eine Fülle humoristischer und satirischer Beiträge enthält, wurde in diesen Tagen zur Ausgabe gebracht. Die erste 12000 Exemplare starke Ausgabe ist am Erscheinungstage abgezogen worden. Die zweite Ausgabe ist gestern erschienen. Die Kreppelzeitung ist in allen Buchhandlungen, Zeitungskiosken, sowie in den Geschäftsstellen der Verlagsanstalt Nikolaistraße 11 und Mauritiusstraße 12 zu haben.

#### Vermischte städtische Nachrichten

Dem Geb. und Oberstieglitz Winter in Wiesbaden wurde der Kronorden 2. Kl. verliehen.

Kirchenrechner Eßelberger hat seine Villa Möhringstraße 7 für 70000 M. an einen im Schierstein tätigen Kaufmann Wagemann verkauft.

Gestern nachmittag starzte die 68 Jahre alte Stickerin L. Wolf im Hause Neugasse 22 so unglücklich die Treppe hinunter, daß sie den linken Unterarm brach. Sie wurde von der Sanitätswache in das Krankenhaus gebracht.

Der große Kamin im Hauptbahnhof geriet gestern abend in Brand, weshalb die Feuerwehr alarmiert wurde, die das Feuer in kurzer Zeit löschte.

Einen guten Aussang scheint der Nobelpunkt zu nehmen, dem vor einigen Tagen der Schüler Malinowski zum Opfer gefallen ist. Der Junge, der einen Schädelbruch erlitten, befindet sich auf dem Weg der Besserung.

#### Holzversteigerungen

\* Wiesbaden. Freitag, 20. Februar, vormittags, soll in dem Stadtwald „Über Gehen“ versteigert werden: 1. 14 Rur. Eichen-Scheit- und Brügelholz, 2. 111 Rur. Buchen-Scheitholz, 3. 319 Rur. Buchen-Brügelholz und 4. 7000 Butten-Durchfördungswellen. Auktionsbewilligung bis 1. September 1914. Zusammenkunft vormittags 10½ Uhr, vor Kloster Alarant, Rehaustraße „Jägerhaus“.

\* Wiesbaden. Montag, 23. Februar, vormittags, sollen in dem Distrikt „Linden“ versteigert werden: 1. 470 Rur. Buchen-Scheit- und Brügelholz und 2. 5710 Buchen-Wellen. Zusammenkunft vormittags 10½ Uhr, vor dem Hause Platzerstraße 73.

## Theater, Kunst, Wissenschaft

#### Richard Wagner-Verband deutscher Frauen

Zum Vorteil ihres, der Förderung und Popularisierung von Wagners gewaltigem Lebenswerk dienendem Unterstützungsvereins hatte die biegsige Freigruppe sich gleich drei Sensationen verschrieben: Herrn Komponisten Enrico Forchammer als begeisterten und bezeichnenden, in Wagners Ideen besonders tief eingedrungenen Dozenten am Rednerpult über „Richard Wagner als Dramatiker“; seine Tochter Frau Anna Forchammer als Interpretin nordischen Lieder und am Flügel als meisterlichen Begleiter Herrn Professor F. Mannstaedt, den Unermüdlichen und altheit Weisen, wenn es gilt, Gates zu untersuchen. In lebendiger und anregender Sprache gab Herr Forchammer einen tiefsinnigen, summierenden Überblick über den dramatischen Kern des Gesamtkunstwerks Richard Wagners, über den Gehalt einzelner Werke im theatralischen Gedanken und Bildensfesten, an Wundern der Poetie und Rhetorik, über Wort, Ton und dramatische Darstellung, über die hohe Bedeutung der Beimotive, über Wahl und Inhalt der sogenannten Dramenstoffe, die mehr auf dem Erklärbarenschranken basieren, über das ideale Verhältnis zwischen Dichtung und Musik bei Wagner, über den Kampf des Dichters und Musikers Wagner mit der Umwelt usw. Da wurden alle die Gestalten vor dem gesitteten Auge lebendig, die Forchammer und umjähligemal auf der Bühne so lebenswahr und lieblich und überzeugend grifftoll vorgeschnitten hat. Reicher Beifall lobte seine lebhaften Aufführungen, die den gründlichen und bilden den Kenner der Wagnerwerke verrieten. Frau Forchammer sang mit kraft ausgebender, ungemeiner und gespannter Altstimme und liebenswürdig-ausdrucksvollem Vortrag Lieber von Sinding, Kjerulf, Ulster, Melartin, Lange-Müller. In der Zwischenpause wurde Tee und Gebäck gereicht und so das Augenmerke mit dem künstlerisch Rüttlichen glücklich verbunden. Die Veranlagung war meist von Damen besucht und von bestem Erfolge gekleidet.

L.-g.

#### Kunstnotizen

\* Residenztheater. Am Donnerstag wartet das Hanauer Operetten-Ensemble, welches sich hier bereits großer Beliebtheit erfreut, mit einer neuen Gabe auf. Zur Aufführung bringt Direktor Steffner den Musikschmaut „Klimzau“ von Bernauer und Schanze. Musik von Breitschneider und Rosso.

\* Kurtheater (Walhalla). Am Mittwoch, 25. Februar, soll ein lustiger, virtueller Schwanz „Höheraus“ das Lied der Rommen erläutern. Als Autoren zeichnen zwei Wiesbadener, der Adj. Hoffmeister Walter Böllin und Philipp Dörner. Es finden nur drei Aufführungen der Stadt statt und zwar Mittwoch, 25. (Premiere), Donnerstag, 26. und Freitag, 27. Februar. Der Villenvorverkauf beginnt heute Mittwoch.

## Letzte Nachrichten

#### Der Gesundheitszustand im deutschen Heere

Berlin, 18. Febr. Eine kurze Anfrage wegen der Gesundheitsverhältnisse im deutschen Heere ist von den Wgg. Bassermann und Schäffer im Reichstag eingebracht worden.

#### Die deutschen Kriegervereine

Berlin, 18. Febr. In der Leitung des preußischen Landes-Kriegerverbandes, des Deutschen Kriegerbundes, des Reichskriegerbundes und des Deutschen Landeskriegerverbandes ist jetzt der bereits angekündigte Wechsel eingetreten. Unter dem 9. Februar ist durch Kabinettserordnung die Wahl des Generals der Infanterie von Hötz zum Präsidenten bestätigt worden.

#### Rittsunfall des Königs der Belgier

Brüssel, 17. Febr. Als König Albert heute morgen in der neunten Stunde bei seinem Spazierritt, den er, wie allgemein, von seinem Adjutanten begleitet, im Soigneswald, der südlichen Umgebung Brüssels, unternahm, in den Villenvorort Tervuren gekommen war, glich das etwas unruhige junge englische Vollblutpferd dadurch aus, daß es mit den Hinterbeinen auf die Bodenschwelle des Trottoirs geriet, und warf hierbei den König, der ein vorzüglicher Reiter ist, aus dem Sattel. Leider blieb der König mit dem linken Fuß ein paar Augenblicke im Sessel gelagert und wurde von dem erschrockt sich hämmenden Pferde einige Schritte geschleift. Bevor der Adjutant das Tier zum Stehen bringen konnte, rollten auch Passanten hinzu und hoben den König auf. König Albert war sehr unglücklich mit voller Wucht auf den linken Arm gefallen, so daß der heftige Schmerz im Zusammenhang mit dem Sturze eine kurze Bewußtlosigkeit herbeiführte. Als der Verunglückte in einem Schnell aus der Umgebung requirierten Privatautomobil — ein Weg von etwa 20 Minuten — im Stadtschloß anlang, warteten schon die inzwischen benachrichtigten Ärzte und stellten einen Bruch des linken Armes fest. Eine heute mittag erfolgende Durchleuchtung mit Röntgenstrahlen wird ergeben, welche Natur der Bruch ist. Vorläufig erscheint er nicht kompliziert; auch andere, innere Verletzungen dürfte der König nicht davongetragen haben.

\*

■ Fulda, 17. Febr. In Burgau hat heute ein achtständiger Brand gewütet, der zwei Gasthäuser, mehrere Bauernhöfe und eine Bäckerei einäscherte. Das Vieh konnte gerettet werden. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Bielefeld, 17. Febr. Der frühere Handelsminister von Möller hat zur dauernden Erinnerung an die Befreiungskämpfe vor 100 Jahren und zum Andenken an das 25jährige Regierungsjubiläum des Kaisers unter dem Namen „Möller-Gedächtnis-Altstadt Eigenheim“ eine Stiftung errichtet, die Erwerb von Bau-

und Wohnland zu Aniedlung von Arbeitern und Angestellten der beiden Firmen R. Th. Möller und Friedrich Möller in Brackwede bewirkt.

Oviedo, 17. Febr. In der letzten Nacht ist ein heftiger Wolkenbruch über Oviedo und Umgebung niedergegangen. Ein Teil der tiefer gelegenen Stadt ist vollständig überflutet. Die Einwohner haben sich auf die Dächer geflüchtet. Zahlreiche Häuser wurden weggerissen. Der Wolkenbruch hat außerordentlich großen Schaden verursacht; in Manjosa und Puente de Mata sind mehrere Häuser zerstört worden. Die Straßen und Eisenbahnlinien sind teilweise zerstört worden, sodass an mehreren Stellen der Eisenbahnverkehr unterbrochen ist. Viele Bewohner befinden sich in großer Not.

Petersburg, 17. Jan. In einer Sitzung der russischen Gruppe der Interparlamentarischen Union forderte der Generalsekretär der Union, Christian Lange, die russische Gruppe auf, an einer Konferenz in Stockholm teilzunehmen in anbetracht dessen, daß 100 Jahre vergangen sind, seitdem die skandinavischen Staaten keinen Anlaß zu einer Vereinigung des internationalen Friedens gegeben haben. Lange hob in seiner Ansprache hervor, daß alle skandinavischen Staaten die Herstellung engerer Beziehungen zu dem russischen Volke wünschten. In der Hoffnung durch persönliche Kenntnis zu einem freundlichen Vernehmen zu kommen, brachten die Mitglieder der russischen Gruppe die Absicht zum Ausdruck, Stockholm zu besuchen mit der Bekräzung, daß Russland feindselige Absichten gegenüber allen seinen Nachbarn, insbesondere gegenüber den skandinavischen Ländern, fernlägen.

## Bermischtes

\* Vorbildliches Kaufmannschaft. Man hat und fröhlt wieder und wieder verzichert, daß das Kaufmännische Leben ohne einen ganzen Saal voll fremder und den meisten Nichtkaufleuten unverständlicher Wörter gar nicht auskommen könnte. Aber wie schon andere große Werte das Gegenteil schlagend bewiesen haben, so zeigt jetzt auch die Baderraffinerie Langenmünde, daß ein Kaufmännisches Schriftstück durchaus gemeinverständlich gehalten werden kann. Ein Ratschell ist das ganz gewiß nicht. Jedermann versteht, was mit der „Bermischtausstellung am 15. September 1912“ gemeint ist. Links stehen die „Belände“, rechts die „Verpflichtungen“. Nicht minder deutlich ist die „Gewinn- und Verlustrechnung am 15. September 1912.“ Links steht das „Soll“, rechts das „Haben“. Alle einzelnen Angaben sind gleich verständlich: Abgang, Abschreibung, Zugang, Wertpapiere, Unterlegungen, Anteile, Bankauflahmen, geleichte Rücklage, Arbeiter-Hilfsschaf, Beamten-Hilfsschaf, Aufgeld, Tilgung, Bürgschaften, Rückstellung, Binschne, Gewinn aus Berichtsendem. Obwohl wirklich jemand z. B. Reservefonds, Depotentfond, Amortisation, Bilssfonds, Dividens, Aktiva und Passiva vermisst oder für deutlicher und für allgemeinverständlicher hält? — Nicht zu ihrem Vorteil steht davon die kurze Bemerkung der Deutschen Treuhand-Gesellschaft ab, die die „vorstehende Bilanz... ver 15. September 1912“ geprüft hat und die Richtigkeit bestätigt.

\* Die „Eigen-Etagé“. In Paris hat sich eine Bau-Gesellschaft gebildet, die Häuser baut, deren Stadionverlauf verläuft werden. Diese volkswirtschaftliche Neuerung hat sich bereits viele Freunde erworben. Der Vorteil ist besonders der, daß auf dem Grundstücksmarkt die Ansammlung zu großer Kapitalien in einer Hand vermieden wird. Ganz neu ist der Gedanke übrigens nicht, daß „halbe Haus“ als Eigen gibt es auch in Deutschland verschiedentlich; in die Ansiedler-Kosten, Plasterungen, Wasser-Geld, Straßenreinigung usw., teilen sich die verschiedenen Besitzer.

## Literarisches

Wie hier einzuhaltende Bücher und Zeitschriften sind zu bezüglich durch die Sachaufstellung

\* Das neueste (4.) Heft der bekannten, von den deutschen Jesuiten herausgegebenen Revue „Stimmen aus Maria-Laach“ enthält wiederum eine Reihe von Aufsätzen, die das allgemeine Interesse erwecken werden. Es genügt hier, die Überschriften mit Angabe der Verfasser anzuführen:

Was heißt katholisch? (von P. Lippert S.J.); König von Gottes Gnaden (von J. Laurentius S.J.); Das älteste Evangelium (von H. J. Clader S.J.); Zur Frage des Geburtstagsgangs (von H. A. Kroze S.J.); Wandlungen in der Sozialdemokratie (von H. Koch S.J.); Kapitalismus, III. (von H. Besch S.J.); Verständigung im Streit um Goethe (von R. Scheid S.J.); Geheimnisse des heiligen Messen und ihre Aufführung in Köln (von St. v. Tunin-Vorlowsky S.J.). Ferner enthält die Zeitschrift ausführliche Rezensionen über wichtige Neuerscheinungen und die Bücherschau mit 27 Referaten. Den Abschluß des reichhaltigen Heftes bilden die folgenden Mizellen: Dreilaufjahrs (von E. Böninghaus S.J.); Einquante ans d' Cludes! (von P. v. Chastenay S.J.); Die Jubiläumsausgabe des Barathrust (von M. Präßbille S.J.); Der dritte deutsche Arbeiterkongress (von R. Noppel S.J.); Der hl. Ignatius von Loyola als Klassiker der Religion (von R. Reichmann S.J.); Rabindranath Tagore (von A. Overmans S.J.); Dichterpredigten (von A. Overmans S.J.); Licht über den Schädel von Biltzow (von E. Wasmann S.J.).

\* Der Katholik. Red. von Prof. Dr. J. Becker und Prof. Dr. J. Selbst. 94. Jahrgang 1914, Mainz, Kirchheim u. Co. 12 Hefte, 12 Mart. Hefte 1.

Den neuen Jahrgang des altbewährten Katholik leitet passend ein Säkular-Artikel ein, dessen Inhalt die Jahreszahlen andeutet: 814 starb Karl der Große, 1814 brach Napoleon I. zusammen und wurde die Gesellschaft Jesu wieder hergestellt, hinter 1914 steht noch ein Fragezeichen. In längeren Randlosen verteidigt Prof. S. Weber (Freiburg) seine Übersetzung einer Schrift des hl. Irenäus (im 5. Band der neuen Kirchenwäterausgabe) gegen die Angriffe eines armenischen Gelehrten aus der Schule Harrach. Die Einzelheiten interessieren nur die Theologen von Fach; die Einleitung und der Schluss des Aufsatzes zeigt aber, welches allgemein wissenschaftliche Interesse hier in Frage steht. Eine Fülle praktischer Gedanken und Anregungen ergibt sich aus den beiden letzten Aufsätzen und nicht minder aus den inhalstreichen Bücherbesprechungen (etwa 25).

Jugendland, Illustrierte Wochenzeitung für die katholische Jugend. Herausgeber: R. Köhler, Lehrer. Verlag: J. Hoffmann, Böhlkort (Westf.). 50 Pfennig vierteljährlich. — Die katholische Jugend wird die obengenannte neue Zeitschrift mit Freude begrüßen. Der Inhalt ist stimmungsvoll und erhebend. Probezettelnummern umsonst.

#### Standesamt Wiesbaden

Gestorben. Am 14. Februar: Chefarzt Margareta Göttler, 21 J. — Am 15. Februar: Chefarzt Katharina Moos, geb. Jäbel, 60 J. Babette Johanna Fischer, 9 M. Göttner Philipp Ullius, 69 J. bzw. Katharina Wollmerseit, geb. Alter, 61 J. Pauline Karoline von Meienau, 65 J. Neunerin Betsch Burton, 81 J. Kaufmann Josef Raudnicky, 55 J. — Am 16. Februar: Emma Küngel, 7 J.

## Aus dem Vereinsleben

\* Katholischer Kaufmännischer Verein. Gestern abend wurde die Generalversammlung vorgetragen, die nach wiederum eines guten Besuches erfreute. Von besonderer Wichtigkeit ist der Beschluss betreff. Ausbau der Jugend-Abteilung. Da seit Januar 1914 ein höherer Beitrag an den Verband abgeführt werden muß, mußte auch unser Vereinsbeitrag um ein Geringes erhöht werden. — Diese und die übrigen Punkte der Tagesordnung zielten eine lebhafte Diskussion. So reichhaltig war das zu erledigende Material, daß die Sitzung erst gegen 2 Uhr morgens geschlossen werden konnte.

\* Marienverein. Freitag, 20. Februar, hl. Messe für die verstorbene Frau Katharina Moos.

\* Marienbund St. Bonifatius. Freitagmorgen 6 Uhr, ist eine hl. Messe für unser verstorbene Ehrenmitglied Frau Katharina Wollmerseit.

\* Die Stenographischen Fertigkeitsprüfungen; die Prüfungsämter bei den Stenographenverbänden, den großstädtischen Behörden und den Handelskammern. Über dieses Thema hielt Stand. W. Paul in der Stenographie-Schule Stolze-Schrein einen Vortrag. Wir entnehmen den Ausführungen kurz folgendes: Dienststellen, die die Stenographie benötigen, rümpfen, daß der Bewerber auch den Anforderungen genügt. Daher werden von den Stenographenverbänden Fertigkeitsprüfungen abgehalten, wodurch der Bewerber den Nachweis erbringen kann, eine bestimmte Fertigkeit erlangt zu haben. Die neuzeitlichen Verhältnisse fordern tägliche Stenographen. Deshalb haben großstädtische Behörden Stenographische Prüfungsämter errichtet. In der Regel beginnt die Prüfungsfähige Fertigkeit mit 150 Silben in der Minute. Durch die ausgestellten Bezeugnisse ist die Sicherheit geboten, daß ein Bewerber auch die angegebene Fertigkeit besitzt. Die Stenographie-Schule stellt ebenfalls Fertigkeitszeugnisse aus.

## Bereinskinderkalender

### Donnerstag, 19. Februar

Elisabethenverein. Nachm. 3 Uhr: Konferenz.  
\* Katholischer Frauenbund. Sprechstunden jeden Donnerstag von 4–5 Uhr bei der ersten Vorstehenden, Frau W. Feldmann, Kaiser-Friedrich-Ring 1, III.

Kirchenchor (Treifaltigkeitskirche). Abends 8.30 Uhr: Gesangstunde.  
Arbeiterverein. Abends 9 Uhr: Gesangstunde.  
Gesellen-Verein. Abends 8.30 Uhr: Turnen und Spielabend.  
Lehrergesang-Verein. Probe. Männerchor: 8 Uhr.

Katholischer Fürsorgeverein Johanneum G. V.

Schule und Rettung der gefährdeten weiblichen Jugend. Auskunft, Rat und Hilfe während der Sprechstunden täglich von 9–12½ und von 3–6 Uhr, Büro, Luisenplatz 8, p.

Kathol. Männer-Fürsorge-Verein

Schule: Schule und Rettung der gefährdeten männlichen Jugend. Büro: Luisenplatz 8. Sprechstunden Dienstag, Donnerstag u. Samstag, Nachmittag von 6–7 Uhr.

## Amtliche Wasserstands-Nachrichten

vom Mittwoch, 18. Februar, vormittags 11 Uhr

Rhein	gestern	heute	Main	gestern	heute
Wiesbaden	—	—	Münzburg	—	—
Reh.	—	—	Voß.	—	—
Mörr.	2.85	3.12	Wiesbadenburg	—	—
Worms	—	0.34	Groß-Steinheim	1.52	1.69
Mainz	0.91				



## Preußischer Landtag.

Stimmungsbild aus dem Abgeordnetenhaus.

Berlin, 17. Februar.

Heute gab es zunächst noch eine kleine Sparmaßnahme, mit deren Erledigung der Minister auch sein Gehalt bemüht erhielt. Dann folgten Abstimmungen. Der nationalliberale Antrag über den Schutz der öffentlichen Sicherheit wurde mit dem konservativen Zusatzantrag (Schutz der Arbeitswilligen) angenommen, begleichen auch der Antrag Schmedding auf Übernahme der gemengeläufigen Gesetzesfragen auf den Staat. Die übrigen Anträge wurden abgelehnt oder den betreffenden Kommissionen überwiesen. Der nächste Punkt der Tagesordnung, die Interpellation und die Anträge über die Sturmflut an der Ostsee veranlaßten den Minister zur Darlegung der ergriffenen Maßnahmen der Regierung, worauf dann der Reihe nach die Vertreter der betroffenen Gegenden die Lage an der Ostsee in den durch die Verhältnisse gebotenen differenzierten Schilderten. Nachdem man die Anträge an die zuständige Kommission überwiesen hatte, verteidigte man sich nach rascher Erledigung eines Gesetzesvorschusses über die Erweiterung des Stadtbezirks Dortmund wieder in die Staatsberatung, wobei es gegen Schluss zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Minister des Innern von Dallwitz und dem Abg. Dr. Liebknecht kam. Mit einem Ordnungsversuch für diesen schloß die heutige Sitzung.

Sitzungsbericht aus dem Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung vom 17. Februar.

Am Ministerialamt: von Dallwitz.  
Präsident Groß v. Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Der Staat des Ministeriums des Innern.

(8. Tag.)

Fortsetzung der Beratung beim Titel „Ministergehalt“ über die

Sparkassenfrage

und den Antrag, betreffend die Anlegung von Sparkassenbeständen in Induberpapieren.

Abg. Heimert (Soz.): Wir sind gegen den Antrag, da dieser lediglich eine unselige Geschäftsgedächtnis wäre. Die Überflüsse der Sparkassen müßten nicht nur den Gemeinden, sondern auch etwa zur Hälfte den Sparenden zugute kommen. Wir werden auch gegen die Kommissionsberatung stimmen, da wir nicht glauben, daß in der Kommission etwas zu hinde kommen wird.

Abg. Olypmann-Stettin (Wp.): Auch ich meine, daß Sparkassen keine Konten, die immer mit Risiko verbunden sind, werden dürfen. Gegen den zweiten Teil des Antrags, das buchmäßige Kurzverlust solange vom Reservefonds abzuschreiben sind, als dieser nicht unter 2 Prozent der Eingaben steht, habe ich keine Bedenken. Der erste Teil des Antrages, der die Einstellung von Induberpapieren in die Bilanz nach dem Anschaffungsvertrag gestatten will, ist nicht klar genug gefasst. Hoffentlich schafft die Kommission Abhilfe.

Abg. Dr. Borchers (freil.): Ich habe dem Antrag kompromißlos gegenübersieht und möchte den Minister bitten, die Verhältnisse nochmals zu prüfen, da es sich um sehr wichtige wirtschaftliche Dinge handelt.

Abg. Dr. Hahn (cons.): Auch ich hoffe, daß die Regierung sich noch zu unserem Standpunkt bekehren wird. Wenn die Ausführungsbestimmungen länger in Kraft bleiben, werden die Sparkassen bald nicht mehr ihre wertvollen Dienste für die Allgemeinheit leisten können. Ich bitte, den Antrag der verstärkten Gemeindesumission zu überweisen.

Die Debatte schließt. Das Ministergehalt wird bewilligt.

Es folgen Abstimmungen. Der nationalliberale Antrag über den Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung bei Arbeitstreitigkeiten wird mit einem konservativen Antrag auf besseren Arbeitswilligenzuschuß gegen das Zentrum, die Fortschrittsler, Polen und Sozialdemokraten angenommen. Die nationalliberalen und fortschrittlichen Anträge über das Massiv-Kommunalwahlrecht der Bevölkerung sowie der fortschrittliche Antrag über Armentunterstützung und öffentliche Rechte gehen an die Gemeindesumission. Der sozialdemokratische Antrag, betreffend den Arbeitserlasseinstellungszustand, wird abgelehnt. Abgelehnt wird auch der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Platzbestimmungen des alten preußischen Preisebaches. Die Anträge Dr. Schmedding (ctr.) und Braun (Soz.), betreffend das Arrestrecht und die Freiabgabe, gehen an die Amtskommission. Der Antrag Dr. Hahn (cons.) und Gen., betreffend die Sparkassenbestände an Induberpapieren, geht an die verarbeitete Gemeindesumission.

Die Sturmflut an der Ostsee.

Hierzu liegt eine fortschrittliche Interpellation über den Norden sowie ein nationalliberaler und ein liberaler Antrag auf eine staatliche Hilfsaktion vor.

Abg. Olypmann-Stettin (Wp.) begründet die Interpellation. Am schwersten sind die Hafbewohner bestellt. Eine Eindeichung erscheint dringend notwendig. Für die Fischer müssen Schuppen angelegt werden, für die Inseln müssen mehr getan werden. Für die Nordseefelder geschieht viel mehr. In Wismar wurden 400 Hektar Land weggeschwemmt! Hilfe ist dringend nötig. (Wettsall.)

Minister des Innern v. Dallwitz: Die Regierung hat noch kein ausreichendes Bild über die Verhältnisse

in Pommern, Ost- und Westpreußen. Die überfluteten Flächen sind zum Teil noch unter Wasser, zum Teil unter Eis und Schnee, und dadurch werden die Erkundungen erschwert. Es sind auch in den letzten Tagen wieder

neue Hochwassernachrichten eingegangen.

Aber die Regierung ist jetzt schon überzeugt, daß die Betroffenen aus eigener Kraft vielfach nicht instand sein werden, die schwere Helmischung zu tragen. Die Regierung ist daher unter der Voraussetzung der Bereitschaft der Provinzialverbände zu einer Rotsandaktion bereit; der Staat wird die Kosten der militärischen Hilfe allein tragen; die Kosten für sonstige Rettungsarbeiten und dringliche sanitäre Maßnahmen zu vier Hünftel, die Provinzen sollen ein Fünftel aufbringen. Die privaten Sammlungen sind unter der Ungunst der Zeiten hinter früheren Erträgen zurückgeblieben, sodass vielleicht auch öffentliche Hilfsfonds für Privatpersonen erforderlich sein werden. Es wird da vornehmlich die

Hergabe unverzinslicher Darlehen

auf drei Jahre mit Tilgung in 5 Raten in Betracht kommen und die Mittel dafür werden Staat und Provinzen im Verhältnis von 20:20 Prozent aufzubringen haben. Die Gewähr für die Tilgung haben die Kreise zu leisten. Auch sollen Gemeinden und öffentliche Verbände Weißbills zur Wiederherstellung ihrer Anlagen darlehnswise gewährt werden, falls sie es nicht vorziehen sollten, selbst ein Drittel der Gesamtkosten unter der Voraussetzung zu übernehmen, daß die anderen zwei Drittel aus öffentlichen Mitteln ohne Auslage bewilligt werden. Auch an der Bekämpfung der Schäden in Seebüren soll mitgewirkt werden. Nur die Arbeiten auf nichtstaatlichem Gebiete sind bereits Mittel zur Verfügung gestellt, unter dem Vorbehalt, daß die Kommunalverbände sich später beteiligen. Ich bitte das Abgeordnetenhaus, sich mit diesen Grundsätzen und mit außerordentlicher Berechnung der Gelder einverstanden zu erklären. Die Schäden an staatlichen Bauwerken und nichtstaatlichen Bauten dürften mehrere Millionen betragen, die Wiederherstellung wird mit aller Energie betrieben. (Wettsall.)

Auf Antrag des Abg. Kretz. v. W. abgelehnt (cons.) wird die Bezeichnung der Interpellation beschlossen.

Abg. Frhr. v. Wallrahn (cons.): beantragt Überweisung des Antrags an eine Wahlkreis-Kommission. Die Sturmflutfluten sind deshalb so gefährlich, weil aus dem Ostseedecken ein schneller Abschluß des Wassers nicht erfolgen kann. Wir danken allen denen, die an den Rettungsarbeiten teilgenommen und Weißbills gespendet haben. Doch ist Staatsbüro bringend nötig. Wenn der Minister auf die Beschädigung der nördlichen Anlagen hingewiesen hat, so fehlt es an der Ostsee eben in weitem Maße am Uferstreifen und Dünenstrich. Ein leichten Bauzaun ist hierfür nicht ausreichen. Das ist eine ganz falsche Sparanstalt! Besonders die schwer geschädigten Badeorte an der Ostsee verbieten die Aufmerksamkeit des Ministers, um so mehr, als sie sehr verschuldet sind. Nicht minder missbedürftig sind die Küsteneidecker. Auch die Frage der Küsteneidecker muss in der Kommission eingehend besprochen werden. (Wettsall.)

Abg. Dr. Neuwirth (freil.): Verbot in die private Bobstättigkeit derselben gegenüber früher zurückzuholen. Und doch haben die beiden Sturmfluten fast die Höhe der Flut von 1872, der höchsten seit Menschenbeginn, erreicht. Am schwersten ist die Küsteneideckerböschung betroffen.

Abg. Dr. Schäfferer (ndl.): Keinerlei Leuten, vor allem Küstern, muß in erster Linie geholfen werden. Mit den Grundföhren des Ministers über die Beratung sind wir im allgemeinen einverstanden. Dem Antrag auf Kommissionsberatung stimmen wir zu.

Abg. Stepanut (ndl.): Besonders schwer hat das Meldetags gelitten.

Abg. Galatas (ndl.): Wie lange die Überschwemmung der Memel dauern wird, läßt sich nicht abschätzen. Die rechte Seite des Flusses muß ebensfalls eingedichtet werden.

Abg. Höfer (Soz.): Die Regierung hat zu wenig Geld aufgewandt, um derartige Katastrophen gefestigt gegenüberzutreten zu können. Seit polnische Zweide. z. B. die Bekämpfung der Sozialdemokratie oder der Polen, hat sie immer Geld.

Abg. Schmidjahn (Wp.): Parteipolitisch muss hier entscheiden. Die Regierung muss auch da bauen, wo es sich nicht um nördliches Gelände handelt, besonders im Interesse von leistungsschwachen Gemeinden. Auffallend ist es, daß bei den Sanierungen Privater die kleineren Mittel vorsezieren. Der Übergang an eine Wahlkreis-Kommission stimmen wir zu.

Abg. Koslanski (Pole): Es müssen alljährlich größere Mittel zum Küstenschutz ausgewandt werden. Dabei sind politische Unterschiede zu vermeiden.

Abg. Dr. Dittrich (ctr.): Gegenüber dem außerordentlichen Unglück bedarf es außerordentlicher Maßnahmen der Regierung.

Die Anträge werden an eine Wahlkreis-Kommission verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die

Gewerbeaufsicht des Stadtkreises Dortmund und Änderung der Amtsdirektion Borsig und Dortmund.

Nach Ausführungen der Abg. v. Gescher (ndl.), Schneiders (ndl.), Traub (Wp.) wird der Entwurf an die verstärkte Gemeindesumission verweisen.

Statut des Ministeriums des Innern.

(Einzelberatung.)

Abg. Schmidjahn (Wp.): Die Beamten beim Statistischen Landesamt müssen schneller austüpfen, besonders der Küstenanwärter.

Abg. v. Bodelberg (ndl.): Die Steuerabgaben dürfen dem Oberverwaltungsgericht nicht entzogen werden, weil dies eine Regierungssicherheit zur Folge haben würde.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Das Oberverwaltungsgericht wird zu Unrecht als ein Hort der bürgerlichen Freiheit angesehen. Es fördert durch seine

Rechtsförderung das Treiben der Arbeitersentrale, die

der Landwirtschaftsarbeit zuführen soll. Für das Oberverwaltungsgericht paßt auch der Satz von Eneist, daß es die Gesetze in ihr Gegenteil verkehrt. Dies gilt momentan für die Auslegung des Reichsvereins-

gesetzes.

Minister des Innern v. Dallwitz: Wie kommt der Abg. Liebknecht dazu, eine solche Kritik an dem Ober-

verwaltungsgericht zu üben? Sieht er auf einem höheren Standpunkt, daß er sich für klüger als alle die

Freunde vom Oberverwaltungsgericht sieht?

Aber seinen Freunden wird wohl niemand davon überzeugt sein, daß sein Urteil besser zu seien ist als die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ebenso gut wie die ordentlichen Gerichte, dürfen wir auch die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts kritisieren. Auf eine Kritik sollte der Minister jedoch antworten. Mit ein paar schändlichen Redensarten kann er das nicht abtun. (Großer Lärm und Pfiffl-Aufe rechts.) — Rufe: Raus! — Präsident Graf Schwerin-Löwitz rief den Redner zur Ordnung.

Hierauf verlässt das Haus die weitere Beratung auf Mittwoch 11 Uhr.

Schluss 4½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

Berlin, 17. Februar.

Eine unerlässliche „kleine“ Anfrage eines sozialdemokratischen Volksboten bildete den Auftakt der heutigen Sitzung. Der weitere Verlauf der Sitzung gewann aber alsbald an Interesse. Das Plenum stellte nämlich einen Beschluß der Budgetkommission um. Man be-

willigte mit großer Mehrheit und unter lebhaftem Beifall den Beitrag des Reiches zu den olympischen Spielen. Ein merkwürdiges Schicksal erfuhr hierauf ein freisinniger Antrag betr. Grundsätze für das Arbeitsverhältnis der

in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Ar-

beiter. In seinen einzelnen Teilen wurde er angenommen, bei der Gesamtabstimmung durch Hausspruch wurde er dagegen abgelehnt.

Als bei der Weiterberatung des Zulässtes Staatssekretär Dr. Lüder zur Tribüne sprach, leerte sich sehr rasch das Haus, für die Zuhörer hat das Haus sehr wenig Interesse.

Ein Jurist läßt den andern ab, um die Stellung seiner Partei zu den verschiedenen juristischen Streitfragen unserer Tage darzulegen.

Morgen wird man dann die Beratung for-

setzen.

Sitzungsbericht aus dem Reichstage.

216. Sitzung vom 17. Februar.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Lüder.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Keine Anfrage.

Auf eine Anfrage des Abg. Deichmann (Soz.), ob es auch ausschließlich für die Fabrikindustrie erlaubt werden sollen, erklärt Ministerialdirektor Gaspar, daß die Vorarbeiten befondere Schwierigkeiten bieten. Die Preise erhoben sind sie dem Abschluß nahe. Das Ergebnis läßt sich noch nicht übersehen.

Der Reichsauftakt zu den olympischen Spielen.

Die Anträge der fortschrittlichen Volkspartei, der Nationalliberalen und der Konservativen, die entgegen dem Beschlusse der Budgetkommission die Regierungsvorlage wieder herstellen und 46 000 Mark als erste Rote für die olympischen Spiele bewilligen wollen, werden gegen die Sozialdemokraten und eine Minderheit des Zentrums angenommen. Die Resolution Meyer-Gelle (ndl.), die Erweiterung der Gesundheitszustand der Arbeiter der Erzgebirgsindustrie fordert, wird angenommen. Eine Resolution Abels (Wp.), die die Beleidigung der Arbeitsverhältnisse der in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten fordert, wird zunächst in ihren einzelnen Absätzen angenommen, und dann in der Gesamtabstimmung abgelehnt. Dagegen stimmt mit den Sozialdemokraten und den Rechten auch ein Teil der Nationalliberalen.

Der Reichsauftakt zu den olympischen Spielen.

Staatssekretär Dr. Lüder: Ich bitte dringend, die von der Budgetkommission gestellten sechs Reichsauftakte wieder zu bewilligen. Es entspricht nicht der Würde des Reichsgerichts, so viele Hofsarbeiter anzunehmen, die keine gegen die Sozialdemokraten und eine Minderheit des Zentrums angenommen werden. Die Regierung hat die Befreiung der Arbeitnehmer und Vereinfachung des Rechtsverhältnisses der in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten fordert, wird zunächst in ihren einzelnen Absätzen angenommen, und dann in der Gesamtabstimmung abgelehnt. Dagegen stimmt mit den Sozialdemokraten und den Rechten auch ein Teil der Nationalliberalen.

Die Einführung der Reichsauftakt bleibt das Ziel des

Zusatz. Hier wie auch sonst muß die Zulassung modern werden, sogar in der Sprache. Zu einem schlimmen Missstand kommt es allerdings mehr auf die Rechtsprechung als auf die Gesetzgebung an. Außerdem war bei diesem Prozeß schon ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen. Vor fünf Jahren beantragte der Staatsanwalt gegen den „König Lofsalamelzer“ in einem ähnlichen Falle noch 2 Monate Gefängnis, obgleich auch hier die beklagten Abhandlungen erweisen waren.

Der Reichsauftakt bleibt das Ziel des Zusatzes. Hier wie auch sonst muß die Zulassung modern werden, sogar in der Sprache. Zu einem schlimmen Missstand kommt es allerdings mehr auf die Rechtsprechung als auf die Gesetzgebung an. Außerdem war bei diesem Prozeß schon ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen. Vor fünf Jahren beantragte der Staatsanwalt gegen den „König Lofsalamelzer“ in einem ähnlichen Falle noch 2 Monate Gefängnis, obgleich auch hier die beklagten Abhandlungen erweisen waren.

Der Reichsauftakt bleibt das Ziel des Zusatzes.

Dagegen ist deshalb sehr zu begrüßen. Die Bewegung gegen den Schmutz in Wort und Bild ist nicht auszuhalten. Wir kämpfen gegen Schein- und Alterskunst für die wahre und edle Kunst. Mit Ekel und Entsetzen haben wir jene beschämenden Kritiken mit ansehen müssen, zu deren Beleidigung wir eingeladen waren. Der Berliner Staatsanwalt hat sich ein großes Verdienst um das deutsche Volk erworben. Minister und Literaten haben sich dieser Pornographie dientbar gemacht. Damit haben sie ihre Kunst zur Vulgarisierung gebracht. (Wettsall im Centrum.)

Das Haus verläßt sich. Morgen Weiterberatung.

Schluss 7½ Uhr.

fahrens. Ein wirklich geeignetes Mittel ist aber noch nicht gefunden. Bei einer allgemeinen Revision der Strafprozeßordnung werden weitreichende Änderungen notwendig sein. Die Bünde nach weiteren kleinen Strafgesetzmöglichkeiten sind unzureichend. Auch das Jugendschutzgesetz wird sich kaum glatt erledigen können.

Abg. Abels (Wp.): Ich bitte, den nächsten Reichs-

anwalt zu bewilligen. Die Reform der Gebührenordnung der Rechtsanwälte sollte man nicht länger hinausschieben. Befriedigend wirken die Entwicklungen des Staatssekretärs gegen den Schmutz

